

# Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

Donnerstag, 12. Dezember 2019, 19.30 Uhr, Gemeindesaal

<b>Vorsitz</b>	Gemeindepräsident Walter Lipp
<b>Protokoll</b>	Gemeindeschreiberin Andrea Bertolosi
<b>Anwesend Gemeinderat</b>	Walter Lipp Sylvia Binzegger Sonja Zeberg-Langenegger Berty Zeiter Pirmin Andermatt Jost Arnold Zari Dzaferi
<b>Stimmzähler</b>	Marco Kathriner (Obmann) René Simmen Urs Rüttimann Christian Herbert Hildebrand
<b>Anzahl Anwesende</b>	266 Stimmberechtigte 12 Gäste
<b>Zeit</b>	19.30 – 22.40 Uhr

Genehmigt an der Gemeindeversammlung vom 16. September 2020.

**Das Protokoll kann im Internet unter [www.baar.ch](http://www.baar.ch) eingesehen werden.**

## **Begrüssung**

### **Walter Lipp, Gemeindepräsident**

Liebe Baarerinnen und Baarer  
 Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger  
 Geschätzte Gäste

Zeitgerecht darf ich Sie alle ganz herzlich zur heutigen Gemeindeversammlung begrüßen. Es ist nach der Juni- und Septemberversammlung bereits die Dritte in diesem Jahr. Wir haben sechs Traktanden zur Behandlung.

Vorweg darf ich mit Stolz und Freude unseren Weltmeisterinnen Elena Fischer, Stefanie Moos, Saskia Grob und Vanessa Hotz ganz herzlich zu ihrem grossen Erfolg im Kunstradfahren an der WM in Basel gratulieren. Das ist schlicht sensationell! Gestern durften wir die vier jungen Sportlerinnen im Schwesternhaus empfangen. Es war eine schöne Feier. Es freut mich, dass sie am politischen Leben teilnehmen. Sie müssen jedoch wieder gehen, da sie trainieren müssen. Das ist verständlich – denn Weltmeister wird man nicht einfach so. Das braucht hartes Training. Es ist schön, dass ihr euch heute kurz gezeigt habt. Zur Überraschung zeigen wir den Film der Siegesfahrt der vier jungen Damen.

Noch einmal ganz herzliche Gratulation unseren Weltmeisterinnen von Baar. Ein Kompliment geht natürlich an den gesamten Trainerstab, an die Eltern, an alle des Verbandes, welche sie immer unterstützen. Ich glaube, alleine geht dies nicht. Es braucht da mehrere Personen. Auch diesen Personen ganz herzlichen Dank. Einen schönen Applaus haben wir den Weltmeisterinnen gegeben. Ich hoffe, Sie geben uns zum Schluss dann auch so lange "Standing Ovations". Mit einem Applaus begleiten wir die Weltmeisterinnen nach draussen. Merci vielmals. Trainiert weiterhin schön. Wir sind sehr stolz auf euch.

Wir durften aber noch anderes erleben. Hier möchte ich ein wundervolles Eidgenössische Schwing- und Älplerfest in Zug erwähnen, dieses überstrahlt sicher das Jahr 2019. Bis heute habe ich nur Positives gehört. Die Zahlen in der Zeitung sprechen für sich. Vielen Dank an alle Helferinnen und Helfern und auch an die Zuschauer.

Bei den nationalen Wahlen hat sich im Kanton Zug eine kleine Verschiebung ergeben. Wünschen wir den Gewählten alles Gute und dass sie uns gut vertreten. Mit der Chilbi und dem Christkindlimärt konnten viele Besucher und Besucherinnen aus Nah und Fern angezogen werden. Es ist immer wieder eine spezielle und gute Stimmung, welche in Baar herrscht. Auch ist inzwischen klar, wer die Räbefasnacht im nächsten Jahr anführt. Mit Peter II. Langenegger freuen wir uns auf eine unvergessliche 5. Jahreszeit. Mit Marcel Schmid als Jubiläums-Fröschenzunftmeister und XY als Faschallminister oder –ministerin von Allenwinden kann nichts mehr schiefgehen.

Nun können wir beginnen. Es sind sicher einige Voten bereit.

Einen speziellen Gruss und den Dank an eine gute Berichterstattung richte ich an den Zugerbieter, Claudia Schneider Cissé, und von der Zugerzeitung Rahel Hug.

Die Einladungen und Publikation zur heutigen Gemeindeversammlung sind rechtzeitig erfolgt und somit kann die Gemeindeversammlung offiziell eröffnet werden. Ich mache speziell darauf aufmerksam, dass für die exakte Protokollierung im Hintergrund ein Tonband läuft, welche das Gesprochene aufzeichnet. Das Aufgenommene wird nach

dem Erstellen des Protokolls wieder gelöscht. Sollte jemand die Aufnahme nicht wollen, müsste er ein Gesuch eingeben.

Zuerst ist das Büro zu bestellen. Von Amtes wegen ist unser Weibel, Marco Kathriner, dabei. Als weitere Stimmzähler kann ich folgende Personen vorschlagen: René Simmen, Urs Rüttimann und Christian Herbert Hildebrand. Es gibt keine weiteren Vorschläge. Wählen Sie die drei Stimmzähler doch mit einem Applaus.

Ich mache einen Hinweis auf das Stimmrecht. Nicht Stimmberechtigte haben sich zu melden. Wer sich nicht meldet, bzw. abstimmt, macht sich strafbar. Darf ich bitten, jene, welche nicht stimmberechtigt sind, kurz aufzustehen. Besten Dank. Es sind 12 Gäste im Saal. Herzlich willkommen.

Ich orientiere Sie über Neueingänge von Motionen und Interpellationen. Seit der Drucklegung sind teilweise politische Vorstösse eingegangen. Eine Motion der Alternative – die Grünen und der SP Baar betreffend gemeindliche Klimastrategie wurde gestern angekündigt. Sie wird noch unterschrieben und anschliessend rechtsgültig behandelt.

Die hängigen Vorstösse sind auf der Seite 4 aufgeführt.

Ich schlage vor, dass wir für die Behandlung der Traktanden gemäss Traktandenliste in der Vorlage vorgehen. Es wird kein Änderungsantrag gestellt und somit sind Sie einverstanden, dass wir mit den Geschäften beginnen.

## **Traktandum 1**

### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. September 2019 – Genehmigung**

Die Vorlage des Gemeinderates vom 7. November 2019 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

### **Antrag**

Das Protokoll sei zu genehmigen.

### **Beschluss**

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

## Traktandum 2

### Finanzplan 2020 – 2024 – Kenntnisnahme

Die Vorlage des Gemeinderates vom 7. November 2019 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

#### Thomas Gwerder

Das Jahr 2019 wird gemäss Hochrechnung mit einem Ertragsüberschuss von CHF 25 Mio. abschliessen. Das heisst mit den budgetierten Vorfinanzierungen von CHF 7 Mio., ergibt das einen operativen Ertragsüberschuss von CHF 32 Mio. Budgetiert war eine ausgeglichene Rechnung. Dieses erfreuliche Ergebnis ist auf höhere Steuererträge bei den juristischen und natürlichen Personen zurückzuführen sowie eines Sondereffekts in zweistelliger Millionenhöhe.

Die zu erwartenden Rechnungsergebnisse für die Planjahre 2019 - 2023 rechnen mit operativen Ertragsüberschüssen von weiteren CHF 22 Mio. Diese Ertragsüberschüsse aus den operativen Ergebnissen sollen gemäss Gemeinderat zwecks Vorfinanzierung für zukünftige Bauten zu 2/3 als ausserordentlicher Aufwand in der laufenden Rechnung verbucht werden und zu 1/3 als Ertragsüberschuss ausgewiesen werden. Solche Vorfinanzierungen im Budget waren bisher nötig, um eine ausgeglichene Rechnung über 8 Jahre gemäss dem revidierten Finanzhaushaltsgesetz zu erreichen. Gemäss Schreiben der Finanzdirektion des Kantons Zug ist dies bei Ertragsüberschüssen nicht mehr relevant. Darum ist die RGPK grossmehrheitlich der Meinung, Vorfinanzierungen sollen an der Rechnungsgemeinde mit der Verwendung des Ertragsüberschusses beschlossen und nicht mehr budgetiert werden.

Es wird in der Vorlage zum zweiten Mal die langfristige Finanzplanung der Gemeinde Baar bis zum Jahre 2037 aufgezeigt. Die Investitionen für die grossen Projekte sind nur teilweise im Finanzplan ersichtlich, da ein Grossteil erst nach dem Jahr 2024 anfällt. Die Gemeinde Baar plant bis ins Jahr 2024 beinahe CHF 155 Mio. zu investieren und danach sind weitere Investitionen über CHF 260 Mio. geplant. Aus heutiger Sicht können die geplanten Investitionen bis 2025 noch aus eigenen Mittel getätigt werden. Ab dem Jahr 2026 muss voraussichtlich Fremdkapital aufgenommen werden.

Die Steuererträge für das Budget 2020 sind mit einem Steuerfuss von 53% und einem Steuerrabatt von 4% berechnet. Die Jahre 2021 bis 2024 sind mit einem Steuerfuss von 53% geplant.

Wir danken den Gemeindeangestellten, dem Gemeinderat und allen Kommissionsmitgliedern für ihre Arbeit und wünschen allen frohe Festtage und ein gutes Neues Jahr.

#### Andreas Lustenberger

Der Gemeinde Baar geht es finanziell sehr gut. Das ist die Schlussfolgerung, zu welcher wir heute Abend durchs Band wohl alle gekommen sind, wenn wir die Vorlage gelesen haben. Dies hängt hauptsächlich mit den höheren Steuereinnahmen bei privaten und juristischen Personen zusammen. Grundsätzlich ist es natürlich erfreulich,

wenn eine Gemeinde genügend finanzielle Mittel hat, damit sie ihre Aufgaben gut erfüllen kann und für alle Einwohnerinnen und Einwohner da ist. Der Zuwachs an Steuergeldern hängt natürlich mit den tiefen Steuern zusammen, mit der Strategie, die wir im Kanton Zug und in der Gemeinde Baar schon lange praktizieren. Der ganze Steuerwettbewerb mag zwar auf den ersten Blick, wenn man die finanzielle Situation der Gemeinde Baar isoliert betrachtet, positiv bewertet werden. Doch der immerwährende Steuerwettbewerb hat auch seine negativen Seiten. Zum Beispiel der überbebaute und knappe Wohnraum.

Doch zurück zur Finanzstrategie. Hier möchte ich noch einige Anmerkungen machen. Wir von der Alternative – die Grünen Baar begrüßen, dass auch die Gemeinde Baar das kantonale Finanzhaushaltsgesetz so interpretiert, dass Ertragsüberschüsse nicht innerhalb von acht Jahren ausgeglichen werden müssen. Wir sind froh, dass diese Einsicht jetzt auch in der politischen Mitte angekommen ist. Das war nicht immer so.

Eine grosse Gemeinde wie Baar braucht eine grosse Verwaltung. Die Gemeinde Baar hat eine sehr gute Verwaltung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen eine super Arbeit. In diesem Sinne möchten auch wir uns für die geleistete Arbeit sowohl bei den Gemeindeangestellten wie auch beim Gemeinderat herzlich danken. Wir begrüßen auch, dass der inoffizielle Personalstopp endlich aufgehoben ist und man jetzt auch wieder intelligent aufstocken darf.

Die Gemeinde Baar steht vor grossen Investitionsprojekten. Wir erachten es deshalb auch als sinnvoll, dass Vorfinanzierungen budgetiert werden. Man macht es bereits nächstes Mal, aber auch in der Zukunft.

Es gibt jedoch auch einen Punkt, welcher aus unserer Sicht zu wenig beachtet wird. Man hat es vorhin schon gehört – wir reichen eine Motion ein. Aus unserer Sicht müssen die Gemeinde Baar wie auch der Kanton und die ganze Schweiz unbedingt mehr für die Reduktion von CO<sub>2</sub> und die Bekämpfung des Klimawandels machen. Der Bundesrat hat diesen Sommer beschlossen, dass wir bis zum Jahr 2050 klimaneutral sein müssen. Wie es vorhin gesagt wurde, wenn es das ESAF schafft, kann es auch die Schweiz schaffen. Die Wissenschaft findet sogar, es müsste schon viel früher sein, damit wir überhaupt noch einen Ausweg aus dieser Misere finden. Wir fordern deshalb eine Klimastrategie – ähnlich wie eine Finanzstrategie. Wir werden darüber debattieren, wenn unsere Motion korrekt eingereicht wurde und zur Debatte kommt. Wir möchten, dass die Gemeinde eine Fachstelle schafft und eine neue Kommission einsetzt, die sich Klima und Umwelt nennt. Uns ist klar, dass Massnahmen zum Klimawandel und eine Klimastrategie Kosten verursachen. Doch wenn wir jetzt nicht handeln, wird es in Zukunft um ein Vielfaches teurer. Deshalb wollen wir den Gemeinderat auch ermutigen, in Zukunft innovative Projekte anzupacken und diese auch mit den notwendigen finanziellen Mitteln zu bestücken.

Zum Schluss möchte ich noch herzlich dem Gemeinderat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit danken und hoffe, dass wir auch in der Zukunft so konstruktiv wie in der Vergangenheit zusammenarbeiten können.

**Antrag**

Vom Finanzplan für die Jahre 2020 – 2024 sei Kenntnis zu nehmen.

**Beschluss**

Vom Finanzplan wird Kenntnis genommen.

## Traktandum 3

### **Budget 2020 – Genehmigung – Festsetzung der Steuern – Bericht des Gemeinderates – Stellungnahme der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission**

Die Vorlage des Gemeinderates vom 7. November 2019 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

#### **Walter Lipp**

Dass es unserer Gemeinde nicht schlecht geht, können Sie den Zahlen entnehmen. Der Gemeinderat hat sich intensiv beraten und stellt Ihnen dieses Budget so vor. Ich schlage vor, dass wir zuerst eine Eintretensdiskussion zum Budget führen und anschliessend das Budget Seite für Seite durchgehen. Dabei haben alle die Möglichkeit, entsprechende Kommentare abzugeben oder Anträge zu stellen. Anträge können auch schon vorher gestellt werden. Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

Ich gebe das Wort zuerst an Thomas Gwerder, dem Präsident der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK). Gleichzeitig nutze ich die Gelegenheit, der RGPK herzlich zu danken. Sie sind unser Kontrollorgan und schauen uns auf die Finger. Sie motivieren uns immer wieder, gute Arbeit zu leisten, da auch sie gute Arbeit machen. Thomas, Dir und Deinem Team herzlichen Dank. Du hast nun das Wort.

#### **Thomas Gwerder**

Als Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission haben wir gemäss unseres im Gemeindegesetz verankerten Auftrags das Budget für das Geschäftsjahr 2020 geprüft. Für die Erstellung des Budgets ist der Gemeinderat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, dieses zu prüfen und zu beurteilen.

Das Budget 2020 weist einen Ertragsüberschuss von CHF 1.3 Mio. aus, das operative Ergebnis einen Überschuss von 3.7 Mio. Die Differenz ist auf eine budgetierte Vorfinanzierung im Umfang von CHF 3 Mio. für den Neubau der Dreifachturnhalle Sternmatt 2 zurückzuführen. Die RGPK ist grossmehrheitlich dagegen, Vorfinanzierungen zu budgetieren. Aus Sicht der RGPK sollen Vorfinanzierungen an der Rechnungs-gemeinde mit der Verwendung des Ertragsüberschusses beschlossen werden.

Der ordentliche Fiskalertrag nimmt gegenüber dem Budget 2019 um CHF 1.65 Mio. zu. Der betriebliche Aufwand steigt insgesamt um CHF 10.7 Mio. Der Personalaufwand steigt beim Verwaltungspersonal um CHF 900'000.– aufgrund der vom Gemeinderat neu bewilligten Stellen, geht aber bei den Schulen um CHF 400'000.– zurück. Ein weiterer Anstieg beim Personal um CHF 500'000.– ist eine budgetierte Einmalzulage für das gemeindliche Personal. Wie in der Vorlage ersichtlich ist, findet zurzeit auf kantonalen Ebene eine Überprüfung des aktuell gültigen Lohnsystems statt. Unabhängig davon hat die RGPK bereits vor zwei Jahren bei der letzten Einmalzulage für das Personal gewünscht, dass anstelle einer Einmalzulage die Einstufung der Mitarbeitenden überprüft und bei Bedarf angepasst werden soll.

Der Sachaufwand steigt im Total um CHF 1.0 Mio. Aufgrund der höheren Steuereinnahmen in den Vorjahren nimmt der Aufwand für den NFA CHF 6.9 Mio. und der Aufwand für den ZFA um CHF 1.8 Mio. zu.

Das Budget basiert auf einem Steuerfuss von 53 % mit einem Steuerrabatt von 4 %. Die RGPK ist grossmehrheitlich mit dem Steuerfuss von 53 % einverstanden und unterstützt grossmehrheitlich einen Steuerrabatt von 4 %.

Für die Inland- und Auslandhilfe werden für das Jahr 2020 je CHF 200'000.– im Budget beantragt. Die RGPK ist mehrheitlich damit einverstanden. Die RGPK ruft in Erinnerung, dass das ordentliche Budget vor einem Jahr für die Inland- und Auslandhilfe verdoppelt wurde und dass dies auch wieder reduziert werden kann, falls die Gemeinde diese finanziellen Mittel anderweitig benötigt. Zudem wird aufgrund des Ertragsüberschusses 2018 von CHF 29.7 Mio. mit einer separaten Gemeindeversammlungsvorlage im Traktandum 5 beantragt, zu Lasten der Freien Reserve nochmals je CHF 200'000.– für die Inland- und Auslandhilfe zu sprechen.

Wir stellen fest, dass die Bestimmungen gemäss Finanzhaushaltsgesetz – mit begründeter Ausnahme der Forderung eines ausgeglichenen Rechnungsergebnisses über acht Jahre – sowie die Finanzkompetenzen gemäss Gemeindeordnung und Gemeinderatsbeschluss vom 10. September 2019 eingehalten werden. Die wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr sind begründet.

Unter der Berücksichtigung der obigen Ausführungen empfiehlt die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission:

- Grossmehrheitlich den Steuerfuss bei 53 % festzulegen.
- Grossmehrheitlich ein Steuerrabatt von 4 % zu gewähren.
- Einstimmig keine generelle Einmalzulage zu gewähren.
- Grossmehrheitlich keine Vorfinanzierung im Umfang von CHF 3'000'000.– zu budgetieren.
- Einstimmig das Budget 2020 zu genehmigen.

### **Mark Gustafson**

Im Namen der FDP Baar spreche ich zum Budget 2020. Zu Beginn möchten wir von der FDP unseren Dank dem Gemeinderat und der Verwaltung für die sehr gute Arbeit im vergangenen Jahr aussprechen. Die äusserst stabile Finanzlage zeichnet sich sowohl im Finanzplan als auch im Budget fort.

Die FDP unterstützt den Antrag den Steuerfuss bei 53 % zu belassen und unterstützt ganz klar den Steuerrabatt von 4 %. Selbst unter Berücksichtigung dieses Rabattes und bereits budgetierter Vorfinanzierungen weist das Budget immer noch ein Plus aus. Wissend, dass bereits ein erheblicher Betrag an Vorfinanzierungsreserven gebildet wurde und in den letzten 10 Jahren die Erträge zu tief und die Aufwendungen zu hoch budgetiert wurden – wir sprechen von einem mehrstelligen Millionenbetrag –, sind wir der Ansicht, dass der Steuerrabatt ein richtiger, aber später Schritt ist, um den Steuerzahler von glücklicherweise konstant positiven Abschlüssen profitieren zu lassen.

Die Vorfinanzierung über CHF 3 Mio. lehnt die FDP ab. Dies auf Grund der sich geänderten Ausgangslage, da gemäss Ausführungen der RGPK zum Budget die Finanzdi-

reaktion des Kantons Zug sich dahingehend geäußert hat, dass das Ziel eines ausgeglichenen Budgets gemäss Finanzhaushaltsgesetz nur für Aufwandsüberschüsse gilt. Fällt diese Anforderung weg, sehen wir keine materiellen Vorteile in den Vorfinanzierungen. Im Gegenteil, durch die Bildung von zweckgebundenen Reserven wird der Handlungsspielraum nur unnötig eingeschränkt und erhebliche Summen fix verplant. Dies unabhängig davon wie sich die wirtschaftliche Lage während des Jahres entwickelt. Daher sind wir der Ansicht, dass die Vorfinanzierungen als Teil der Gewinnverwendung mit anderen Komponenten transparent der Gemeindeversammlung vorgelegt werden sollen.

Die Einmalzulage wird von der FDP mehrheitlich unterstützt, jedoch möchten wir festhalten, dass dies nun zum zweiten Mal innert weniger Jahre der Fall ist. Richtig ist, dass anlässlich des Budget 2018 bei der letzten Einmalzulage festgehalten wurde, dass dieses Instrument explizit wiederverwendet werden könnte und in einem solchen Falle der Gemeindeversammlung vorgelegt wird, was hier erfolgt. Jedoch erachten wir, dass der sich in Ansätzen abzeichnende 2-Jahresrhythmus bei Fortführung schnell den Charakter einer generellen Lohnerhöhung erhalten würde.

Generell unterstützen wir die Genehmigung des Budgets.

### **Olivia Bühlmann**

Im Namen der CVP Baar möchte ich mich für die Genehmigung des Budgets, für die Beibehaltung des Steuerfusses von 53 %, für einen Steuerrabatt von 4 %, für die Vorfinanzierung im Umfang von CHF 3 Mio. sowie für die Einmalzulage für die Angestellten aussprechen.

Pünktlich zu Weihnachten wird die Gemeinde Baar wieder beschenkt. Mit einem zu erwartenden Überschuss von fast CHF 25 Mio. dürfen wir voraussichtlich das Jahr 2019 wieder einmal erfolgreich abschliessen. Wir können uns in Baar wieder einmal mehr nicht beklagen. Vor rund einem Jahr standen wir auch da vorne. Da hat sich die CVP Baar gegen eine weitere Steuersenkung ausgesprochen. Wir waren gegen eine weitere Steuersenkung, da einerseits grosse Bauprojekte wie das Wiesental anstehen und andererseits wollten wir den innerkantonalen Steuerverwettbewerb nicht noch mehr anheizen. Das heisst, wir hatten keine Lust auf weitere Steuernomadern.

Heute, rund ein Jahr später, stehen wir wieder hier und wir werden voraussichtlich das Jahr 2019 wieder einmal mit einem Überschuss abschliessen. Da es nicht die Aufgabe der Gemeinde sein sollte, Steuern auf Vorrat einzunehmen, ist es heute richtig, sich für einen Steuerrabatt auszusprechen. Mit einem Steuerrabatt werden die Steuern nicht dauerhaft gesenkt. Aber man kann dem entgegenwirken, dass man momentan zuviel Geld einnimmt. Wir schaffen somit ein Gleichgewicht.

Mit einem Steuerrabatt werden für das kommende Jahr 2020 nicht noch mehr Steuern auf Vorrat erhoben. Doch andererseits, und dies ist auch sehr wichtig, behalten wir für die Zukunft eine genügende Flexibilität und die Sicherheit, dass man der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit entgegenwirken kann, ohne über eine Steuererhöhung diskutieren zu müssen. Mit einem Steuerrabatt behalten wir auch die genügende Flexibilität, um unseren hohen Investitionsbedarf für die kommenden Jahre selber decken zu können.

Angesprochen auf den Investitionsbedarf, möchte ich mich im Namen der CVP für die Vorfinanzierungen im Rahmen des Budgets aussprechen. Es ist richtig und korrekt,

wenn wir im Rahmen des Budgets einen erwarteten Gewinn bereits für anstehende und geplante Projekte – vorliegend die 3-fach Turnhalle Sternmatt 2 – zuweisen. Mittels diesen Vorfinanzierungen können wir die hohe finanzielle zukünftige Belastung für die anstehenden Projekte gerecht über mehrere Jahre verteilen und somit eine Entlastung für die zukünftige Generation bilden.

Ich spreche mich zu guter Letzt für die Einmalzulage für die Angestellten aus. Die Einmalzulage bedeutet ausbezahlt pro Mitarbeiter ungefähr CHF 750.–. Dem ist zuzusprechen. Wir sind klar der Meinung, dass man bei einem zu erwartenden Überschuss von fast CHF 25 Mio. nicht nur etwas dem Steuerzahler zurückgeben soll, sondern auch jenen, welche mit ihrer Arbeit einen Teil des Erfolges mitgetragen haben. Denn Baar ist nicht nur aufgrund der tiefen Steuern und ihrer Lage, sondern auch aufgrund ihrer gut funktionierenden und schlanken Verwaltung so attraktiv.

Wir von der CVP sind natürlich auch klar der Meinung, dass das System der Einmalzulage sich nicht im 2-Jahresrhythmus wiederholen soll. Es ist effizienter und besser, dies im Rahmen von allfälligen Lohnanpassungen zu verhandeln. Doch es wäre heute ein falsches Zeichen, wenn wir zwar dem Steuerzahler etwas zurückgeben, nicht aber den Mitarbeitenden.

Zusammenfassend unterstützen wir sämtliche Anträge des Gemeinderates und hoffen, Sie können dem auch Folge leisten.

### **Andreas Lustenberger**

Ich möchte kurz die Haltung der Alternativen – die Grünen zum Budget 2020 darlegen. Wir sind für die Genehmigung des Budgets 2020. Wir stimmen auch der Einmalzulage von CHF 500'000.– zu. Ich bin etwas überrascht über die ablehnende Haltung der RGPK. Ich finde, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde machen einen unglaublich guten Job für eine attraktive Gemeinde Baar. Es wäre völlig falsch, wenn wir sie nicht auch würdig honorieren würden. Wenn diese Ablehnung jedoch dazu führen soll, dass die RGPK in Zukunft Lohnanpassungen oder generelle Lohnerhöhungen fordert, habe ich es vielleicht auch falsch interpretiert.

Wir möchten auf der Gegenseite den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nichts zurückgeben. Wir lehnen den Steuerrabatt von 4 % ab. Dies nicht, weil wir gerne Steuern auf Vorrat ansammeln möchten, sondern weil wir der Meinung sind, dass es durchaus viele lohnenswerte Investitionen gibt, die der Gemeinde Baar guttun würden, im Umweltbereich oder im sozialen Bereich. Für uns ist es eine wichtige Aufgabe der Gemeinde, dass man für alle schaut – für die Menschen und für die Umwelt. Hier macht es aus unserer Sicht durchaus Sinn, dass wir den Steuerfuss bei 53 % belassen, damit wir die nötigen finanziellen Mittel für zukünftige Innovationen oder Innovationsprojekte haben. Grundsätzlich ist es schade, dass andere Gemeinden diesen Steuerwettbewerb wieder anheizen. Wir sind der Meinung, dass dieses "race to the bottom", immer weiter Steuern senken, absolut der falsche Weg ist für eine nachhaltige Finanzpolitik, gesamthaft im ganzen Kanton Zug und in der ganzen Schweiz.

Grundsätzlich stimmen wir dem Budget 2020 zu, die anderen Ablehnungen habe ich begründet.

## **Martin Zimmermann**

Ich nehme im Namen der Grünliberalen Baar zum Budget 2020 Stellung. Wir können praktisch allen Anträgen des Gemeinderates folgen. Nur beim Thema Steuerrabatt haben wir auch unsere Zweifel. Tiefe Steuern ist ein verlockender Gedanke. Baar steht zurzeit in finanzieller Hinsicht gut da. Rein von den Zahlen her kann man einen Steuerrabatt sicherlich rechtfertigen. Die Steuern müssen aber auch in einem gesellschaftlichen, regionalen und internationalen Kontext gesehen werden. Wie wirkt sich ein Steuerrabatt und Steuersenkungen auf die gesamte Bevölkerung in Baar aus? Klar, man spart Steuern. Immerhin etwa CHF 60.– pro Jahr mit CHF 30'000.– steuerbares Einkommen, ca. CHF 100.– bei CHF 50'000.– steuerbares Einkommen und CHF 260.– bei CHF 100'000.– steuerbares Einkommen. Der Kontext ist jedoch weiter zu fassen. Was gibt es für Auswirkungen, die weitergehen? Siedlungsdruck und Mietzinse sind zwei Punkte, die angesprochen wurden. Schlussendlich sind auch in Baar viele Einwohner Mieterinnen und Mieter.

Wenn ich einen uns allen bekannten Regierungsrat an einer der letzten Kantonsratsitzungen zitieren darf, der sicherlich nicht ins linke Lager zuzuteilen ist, so hat er folgendes gesagt: Im Wahlkampf im Herbst hat er mit sehr vielen Bürgern aus dem ganzen Kanton geredet. Es kamen viele Wünsche, Anregungen und Sorgen. Doch niemand hat sich über zu hohe Steuern beklagt.

Die Grünliberalen sind überzeugt, dass Steuersenkungen, wenn auch nur als Rabatt für ein Jahr, der Mehrheit der Bevölkerung fast nichts bringen. Aber was soll man mit dem Geld machen? Natürlich sollen wir nicht Geld auf Vorrat beschaffen. Wir haben jedoch sehr viele Investitionen und wir möchten auch nicht die Verwaltung aufblähen. Ich denke, wir sind in Baar von einer aufgeblähten Verwaltung weit entfernt und können sicher mit kompetenten und guten Mitarbeitenden der Bevölkerung und der Wirtschaft etwas zurückgeben, wenn es sein muss.

Das Geld, das in Baar zur Verfügung steht, soll nachhaltig investiert werden und uns fit machen, falls sich die steuerliche Lage ändert. Das bedeutet, dass wir jetzt die notwendige Infrastruktur auf Vordermann bringen müssen – Stichwort Schulen – wobei natürlich bereits viel gemacht wird. Ebenfalls dringende Projekte sind die strategische Ortsentwicklung durch ein stark gewachsenes Baar und um den Bedürfnissen der Bevölkerung für Wohnen, Arbeit, Verkehr und Erholung gerecht zu werden. Diese Projekte wurden in den letzten Jahren angerissen und wir hoffen sehr stark, dass diese konsequent und ergebnisorientiert weitergetrieben werden.

Wir von der glp haben uns weitere Gedanken gemacht, wie wir die aktuell gute finanzielle Lage nutzen und nachhaltig investieren können. Wir werden deshalb heute Abend eine Motion überreichen, in der es darum geht, dass wir die entsprechenden Steuererträge in den nächsten Jahren in eine sinnvolle und nachhaltige, lokale Stromproduktion investieren können. Auch wenn diese Motion erst an der nächsten Gemeindeversammlung behandelt wird, kann man sehen, dass es durchaus innovative und sinnvolle Ideen gibt, das Geld zu investieren, statt die Gelder im Sinne eines kleinen einmaligen Musterlis zurück zu geben. Aus diesem Grund beantragen wir von der glp in diesem Punkt, den Rabatt von 4 % nicht zu gewähren, die restlichen Punkte jedoch zu genehmigen.

## Alois Gössi

Ich nehme im Namen der SP Baar Stellung zum Budget 2020. Wir haben heute ähnliche Verhältnisse wie letztes Jahr, als es um das Budget 2019 ging. Es wird mit einem Mehrertrag gerechnet, letztes Jahr rund CHF 5 Mio., dieses Jahr CHF 1.3 Mio. Wir haben einen sehr hohen ungeplanten Ertragsüberschuss für das laufende Jahr, letztes Jahr CHF 29 Mio., dieses Jahr rund CHF 26 Mio. Die Vorfinanzierungen von CHF 7 Mio. resp. CHF 3 Mio. Es besteht ein Investitionsstau, letztes Jahr CHF 12 Mio., dieses Jahr CHF 14 Mio. Wir haben letztes Jahr über die Reduktion des Steuerfusses diskutiert und dies machen wir auch heute wieder.

Meine letztjährige Schlussfolgerung war – und sie gilt auch für dieses Jahr –, dass wir jetzt zu viel Geld und nach Ende des Finanzplans 2024 zu wenig haben. Dann, wenn die sehr grossen Investitionen in Umsetzung sind.

Das Budget 2020 betrachten wir als sehr solide. Es rechnet mit einem Gewinn von rund CHF 1.3 Mio. Dies bei Vorfinanzierungen von CHF 3 Mio. Der "alte" Gemeinderat rühmte sich immer sehr, mit einer sehr schlanken Verwaltung. Wir begrüssen es, dass hier jetzt ein Umdenken stattfindet und dass die Verwaltung die Anzahl an Stellen auch erhält, die sie benötigt für die Umsetzung ihrer Aufgaben. Auch mit dieser Erhöhung scheint uns die Baarer Verwaltung immer noch schlank.

Im Moment politisch sehr aktuell ist ja der Klimaschutz. Wir schafften es nicht, sowohl im Budget wie auch im Rahmen des Finanzplanes, herauszulesen, ob die Gemeinde Baar hier wirklich etwas plant oder umsetzt, ausser im Rahmen von Neubauten.

Zur Einmalzulage für die Angestellten im Umfang von total ca. CHF 500'000.–. Wir stimmen der Einmalzulage an das Personal zu, obwohl dies für 2019 schon einmal umgesetzt wurde (dies einfach wegen der Wortwahl Einmalzulage). Die Begründungen des Gemeinderates stimmen für uns. Wir stimmen jedoch auch der Forderung der RGPK zu, dass die Einstufung der Mitarbeitenden überprüft und bei Bedarf angepasst werden soll.

Zur Investitionsrechnung: Bei meinem Votum zum Budget 2019 sagte ich, dass ich zweifle, ob die geplanten Investitionen von rund CHF 12 Mio. auch effektiv ausgeschöpft wurden. Aufgrund der Abschreibungen aus der Prognose 2019 sieht man, dass dieser Betrag nun auch mehr oder weniger effektiv ausgegeben wurde. Ich nehme meine Zweifel zurück. Für 2020 sind nun Investitionen im Umfange von CHF 14.7 Mio. geplant, eine Erhöhung von rund CHF 2.5 Mio. Ich hoffe, dies kann die Bauabteilung im 2020 auch stemmen, der Investitionsstau wird im 2020 auch nicht gelöst werden, die ganz grossen Investitionen künden sich erst ab dem Jahre 2021 mit CHF 30 Mio. und mehr an.

Zu meiner persönlichen Lieblingsinvestition: Für mehr Fahrradabstellplätze am Bahnhof Baar. Nachdem diese im Finanzplan in den letzten Jahren mehrmals in die Zukunft verschoben wurde, passiert dies auch im diesjährigen Finanzplan. Letztes Jahr war für 2020 eine Ausgabe von CHF 150'000.– geplant. Im diesjährigen Finanzplan für 2020 ist nichts mehr drin, dies wurde auf 2021 verschoben. Ich hoffe, dass dies dann im 2021 auch umgesetzt wird, wobei ich aber jetzt schon grosse Zweifel habe.

Die Steuerfussreduktion gab an unserer Parteiversammlung am meisten zu beissen, dies auch im wörtlichen Sinne. Unser SP-Gemeinderat Zari Dzaferi biss sich an diesem Traktandum (oder vielleicht eher am Sandwich?) im wahrsten Sinne des Wortes einen Zahn aus. Dieser wurde in der Zwischenzeit mit einem künstlichen Zahn ersetzt und Zari Dzaferi kann wieder lachen wie eh und je.

Wir sprechen uns gegen einen Steuerrabatt von 4 % aus und zwar aus folgenden Gründen:

- In den kommenden Jahren haben wir massiv grössere Investitionen. Diese zusätzlichen Mittel aus dem nicht gewährten Steuerrabatt kann die Gemeinde Baar, trotz aller schon getätigten Vorausinvestitionen, sehr gut gebrauchen und muss erst später Geld aufnehmen.
- An unserem Steuerhimmel ziehen doch sehr dunkle Wolken auf: die OECD will die Art der Besteuerung ändern. Da drohen dem Bund, dem Kanton Zug aber auch der Gemeinde Baar massive Mindereinnahmen.
- Wir sind schon die steuergünstigste Gemeinde in der Schweiz, wollen wir wirklich noch steuergünstiger werden und den Steuerwettbewerb innerhalb vom Kanton Zug und in der Schweiz weiter anheizen? Es gibt übrigens keine Steigerungsform von "die steuergünstigste Gemeinde". Dies kann nicht mehr getoppt werden.
- Wir befürchten nach wie vor, dass sehr tiefe Steuersätze, und sei es auch nur ein Steuerrabatt von 4 % voraussichtlich für ein Jahr, der Verdrängung weiter Vorschub leisten. Schauen sie doch nur einmal das Niveau der Mietpreise bei uns in Baar an.
- Und wie ich am Anfang gesagt habe, ähnelt sich die Situation mit dem Budget 2019 vor einem Jahr, mit dem einzigen Unterschied, dass unser Eigenkapital in der Zwischenzeit in etwa CHF 26 Mio. grösser sein wird und deshalb erlaube ich mir, einen Teil des Votums von Heini Schmid von der CVP zum Budget 2020 zu zitieren: "Wir von der CVP Baar glauben nicht, dass es erstrebenswert ist, dass die Gemeinde Baar die steuergünstigste Gemeinde der Schweiz ist. Wir wollen, dass wir zwar einen Spitzenplatz einnehmen, aber wir verzichten gerne auf die Publizität, die die erste Gemeinde auf der Rangliste hat. Wir haben keinen Appetit auf Steuernomaden und wollen die Verdrängung der normalen Leute nicht noch dadurch fördern, dass jeder weiss, dass man in Baar am wenigsten Steuern bezahlt. Deshalb Mass halten und nicht noch weiter heruntergehen". Dem gibt es aus unserer Sicht nicht hinzuzufügen.

Zur Hundesteuer stellen wir keinen Antrag, diese wie in der Stadt Zug abzuschaffen. Aber der Gemeinderat sollte doch einmal prüfen, ob sich der Aufwand und Ertrag in etwa die Waagschale halten und falls dies so ist, die Abschaffung der Hundesteuer überprüfen. Oder hat der Gemeinderat allenfalls diese Gedanken schon gemacht?

Die SP Baar unterstützt alle Anträge des Gemeinderates zum Budget 2020 mit Ausnahme des Steuerrabattes von 4 %. Diesen lehnen wir ab.

### **Michael Riboni**

Wenn wir die Zahlen anschauen sieht man, dass es der Gemeinde Baar sehr gut geht. Alois Gössi sagt sogar, wir haben zu viel Geld. Da könnte man natürlich schnell in die Versuchung geraten, das Budget einfach durchzuwinken. Trotzdem sollten wir es uns nicht so einfach machen. Es geht immerhin um die Zukunft unserer Gemeinde. Das Budget ist ein wichtiges Planungsinstrument und es ist das erste Budget vom neuen Gemeinderat. Ein Gemeinderat, der parteipolitisch doch etwas anders zusammengesetzt ist, als in der letzten Legislatur.

Schauen wir also etwas genauer hin und schauen wir die Ertragsseite der Steuern an. Hier sieht der Gemeinderat den Steuerrabatt von 4% vor, was umgerechnet einem

Steuerfuss von knapp 51 % entspricht. Endlich – ist man aus Sicht der SVP geneigt zu sagen. Seit Jahren treibt unsere Gemeinde nämlich auf Vorrat Steuern ein. Seit Jahren wehren wir uns von der SVP dagegen. Die SVP hat bereits im Sommer 2017 – damals hatten wir noch einen Steuerfuss von 56 % - eine Motion eingereicht und eine Senkung auf diese 51 % gefordert. Auch an der Budgetgemeinde letztes Jahr haben wir diesen Antrag auf 51 % wieder gestellt. Der Gemeinderat hinkt also – einmal mehr – wie die alte Fasnacht der SVP hinterher. Doch lieber eine alte Fasnacht als gar keine, würde der Räbechüng wohl dazu sagen. Die SVP unterstützt deshalb den vom Gemeinderat beantragten Steuerrabatt.

Ebenso unterstützt die SVP beim Traktandum 4 die Erheblicherklärung der FDP-Motion. Es ist höchste Zeit, dass auch der Steuerzahler etwas zurückbekommt. Steuereintreiben auf Vorrat muss ein Ende haben.

Bei der Aufwandseite sticht einem vor allem das Personalwachstum ins Auge. Der Personalaufwand beim Verwaltungspersonal steigt um CHF 900'000.– oder anders gesagt: Die Anzahl der Verwaltungsstellen steigt von 150 im 2018 auf 162 im 2020. Sie sehen das im Finanzplan auf Seite 8. Begründet wird dieses Wachstum vom Gemeinderat mit dem Bevölkerungswachstum. Speziell ist jedoch, dass vor einem Jahr von diesem Personalwachstum noch keine Rede war. Damals hat der Gemeinderat für das kommende Jahr, für das Jahr 2020, noch mit 152.8 Stellen gerechnet. Jetzt sind es jedoch 162 Stellen. Wir haben den Finanzplan 2019, also die Vorlage vom letzten Jahr, sowie die aktuelle Vorlage, die heute beschlossen wird, übereinandergelegt. Das Ergebnis sehen Sie auf meiner aufgelegten Folie. Auch der alte Gemeinderat hat das Bevölkerungswachstum in der Gemeinde Baar gekannt. Die alten Haudegen Langenegger, Hotz und Steinmann haben es sich aber scheinbar zugetraut, die anstehenden Herausforderungen mit einem kleineren Personaletat zu meistern. Der neue Gemeinderat hingegen stellt doch einiges an Personal mehr ein. Er macht sich das Leben einfacher, indem er beispielsweise einen Kommunikationsbeauftragten anstellt. Die SVP wird diese Entwicklung kritisch beobachten. Einem weiteren nochmaligen Ausbau wird die SVP nicht zustimmen. Wir behaften den Gemeinderat auch im nächsten Jahr auf seinen Personalplan, auf seinen maximalen Personaletat auf Seite 8 in der Vorlage. Wir fordern den Gemeinderat auf, jede neu geplante Stelle nochmals kritisch zu hinterfragen.

Bleiben wir beim Personal und kommen wir zur Einmalzulage von CHF 500'000.– an das Personal. In der Privatwirtschaft würde man von einer Grati oder einem Bonus sprechen. Ich muss zugeben, wenn ich von meinem eigenen Portemonnaie ausgehen würde, müsste ich dem zustimmen. Meine Frau ist Lehrerin und arbeitet in einem 35 %-Pensum bei der Gemeinde Baar. Dies würde rund CHF 250.– geben und unser Haushaltsbudget würde aufgebessert werden. Das ist zwar schön für uns als Familie und nett und grosszügig vom Gemeinderat, jedoch nicht nachhaltig. Politik sollte nachhaltig sein. Wenn der Gemeinderat also feststellt oder das Gefühl hat, dass das Baarer Personal schlecht bezahlt ist und man mit der Konkurrenz im öffentlichen Sektor nicht mithalten kann, muss er das Personalreglement und das Besoldungssystem in der Gemeinde überarbeiten. Wenn Sie beispielsweise ein KMU mit 10 Personen führen und feststellen, dass Sie Mitarbeitende wegen dem Lohn verlieren oder keine guten Leute gefunden werden, da Sie schlecht bezahlen, lösen Sie das Problem auch nicht, wenn Sie einmal eine Grati von CHF 750.– ausrichten. Viel eher stellen Sie dann Vergleiche mit der Konkurrenz in Ihrer Branche an und schauen, ob Sie nicht generell die Löhne anpassen müssen. Genau das muss auch der Gemeinderat machen. Die RGPK hat

dies schon vor zwei Jahren gefordert. Schicken wir deshalb den Gemeinderat in Klausur, lassen wir ihn die Hausaufgaben machen und lassen wir ihn unser Besoldungssystem in der Gemeinde im Detail überprüfen. Falls der Gemeinderat dann ein Problem feststellt, müssen wir hier im Gemeindesaal an der Gemeindeversammlung über die Bücher. Aus diesen Überlegungen lehnt die SVP - wie es die Finanzkommission und die RGPK machen - die generelle Einmalzulage ab.

Falls Sie jedoch widererwartet nach meinem Votum die Einmalzulage sprechen möchten, stellt die SVP einen Eventualantrag. Und zwar soll ein Fünftel der geplanten Einmalzulage in der Form von Baarer Franken, also Gewerbe Gutscheinen, ausgerichtet werden. Wenn wir schon so grosszügig sind, gehört auch ein bisschen Lokalpatriotismus dazu. Setzen wir uns im Zeitalter von Zalando, Amazon, grossen Einkaufszentren wie Sihlcity, Zugerland etc. dafür ein, dass ein Teil dieser CHF 500'000.- in Baar bei unserem Gewerbe bleibt, das hier Steuern zahlt, Arbeitsplätze schafft und Lernende ausbildet. Konkret würde das bedeuten, dass am Beispiel einer Lehrerin, die CHF 250.- Zulage zu Gut hätte, CHF 200.- mit dem Lohn ausbezahlt würden und CHF 50.- würde sie als Gewerbe Gutscheine erhalten. Das wäre auch administrativ absolut händelbar. Wir haben, Lehrer und Verwaltungsangestellte zusammengerechnet, 400 Angestellte. 400 Leuten solche Gutscheine zu verteilen ist machbar. Früher konnten die Angestellten, vor dem Sparprogramm der Gemeinde vor einigen Jahren, Reka-checks beim Gemeindebüro beziehen. Dann funktioniert es auch mit Gewerbe Gutscheinen. Dies zu unserem Eventualantrag: wenn Ja, dann ein Fünftel in Form von Gewerbe Gutscheinen.

Ansonsten stimmt die SVP dem Budget zu. Auch den darin erhaltenen CHF 400'000.- an die In- und Auslandhilfe. Dass wir aber beim Traktandum 5 - dazu kommen wir noch - nochmal CHF 400'000.- aus der Freien Reserve in die In- und Auslandhilfe stecken, insgesamt also CHF 800'000.-, wird die SVP ablehnen. Dazu jedoch später.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine ganz persönliche Bemerkung machen. Wir haben in Baar Sportvereine, die vereinzelt auch am Samstag mit den Kindern Trainings in Baarer Turnhallen durchführen. Da dies jedoch ausserhalb der üblichen Hallenöffnungszeiten von Montag bis Freitag ist, verlangt die Gemeinde von diesen Vereinen jeweils eine Pauschalgebühr von CHF 100.- pro Samstag oder Sonntag. Gewisse Vereine, die finanziell nicht so gut gebettet sind, sehen sich gezwungen, diese Zusatzkosten auf die Trainingsteilnehmenden, also auf die Kinder, hinunterzuberechnen. Mit anderen Worten: Sie geben Ihrem Kind am Samstag ins Training einen Fünfliber oder eine 10er-Note mit. Wahre Tatsache bei uns in der Gemeinde Baar. Jeder, der Kinder hat, weiss, dass man ein Kind deshalb selbstverständlich nicht zuhause behält und es trotzdem ins Training schickt. Auf Antrag des Gemeinderates werden wir heute hier wahrscheinlich mit der grossen Kelle Geld verteilen: CHF 500'000.- an das Personal und CHF 800'000.- an die In- und Auslandhilfe. Doch unsere Vereine und indirekt unsere eigenen Jugendlichen und Kinder, piesacken wir mit solch lächerlichen Gebühren. Da stimmt für mich etwas nicht. In Amerika würde wohl einer sagen "America first". Ich bin kein Trump-Fan - doch ein bisschen mehr "Baar first" würde manchmal auch bei uns nicht schaden.

### **Martin Zimmermann**

Ich mache nur eine kurze Wortmeldung zur vorherigen Grafik. Es stellen sich bei mir immer die Haare zu Berge, wenn ich solche Grafiken sehen. Ich möchte meine Mitstreiter bitten: Eine Steigerung von 10 % mit einem verschobenen Nullpunkt aussehen zu lassen, dass die Balken verdoppelt sind, ist keine transparente Kommunikation. Ich finde das wichtig. Man kann über das Wachstum streiten, doch der Nullpunkt gehört runter, damit es keine falsche Nachricht transportiert.

### **Martin Pulver**

Ich stimme allen Anträgen des Gemeinderates zu. Aber - und hier schliesse ich mich dem Kollege Riboni an - wir mischen mit der grossen Kelle an und schauen, wie viel Gewinn wir haben. Doch es gehört dazu, zu hinterfragen, wieso. Weil wir in den letzten Jahren Gemeinderäte mit zugeknöpften Hosentaschen hatten, wenn man es auf die Vereine bezieht. Wir piesacken teilweise die Vereine und verlangen Geld. Dies zum Beispiel, wenn man den Gemeindesaal für eine Generalversammlung braucht oder man schliesst die Hallen während den Ferien, was dazu führt, dass die Vereine anderswo trainieren müssen, ausserhalb der Gemeinde, in Zug. Wenn ich nach Zug ins Herti gehe, sehe ich eine tolle Anlage mit Dreifachturnhalle, mit vielen Fussballplätzen, mit Kunstrasenplätzen, mit einem Stadion. Wenn ich hier bin, muss ich die Dreifachturnhalle suchen, muss im Lättich, im Vergleich zu Zug mit plus/minus gleichviel Einwohnern, eine schäbige Anlage vorfinden. Und all das ist ein Punkt, den man jetzt ändern muss. Man gibt es lieber dem Bundesfinanzausgleich oder dem kantonalen Finanzausgleich, als hier in Baar etwas zu machen. Man muss auch hier personell aufstocken, damit man etwas umsetzen kann. Man kann Projekte verhindern, indem man sie ablehnt, oder, indem man die personellen Ressourcen nicht hat, um sie umzusetzen. Wir haben in den letzten Jahren wenig gemacht. Jetzt stehen wir hier und stimmen über ein Provisorium eines Schulhauses ab. Letztes Jahr über ein Provisorium der Garderoben. Denn wir merken: Hoppla, jetzt haben wir zu wenige Schulhäuser. Und so haben wir gespart. Das geht nicht. Dies betrifft die Vereine. Vereine, die die Gemeinde Baar tragen. Ich weise hier auf den Fussballclub Baar hin, doch es gibt auch viele andere Vereine. Der Fussballclub hat 100 Helfer am ESAF gestellt, werden wieder 50 Helfer am kantonalen Schwingfest stellen. Vereine sind die, die am Schluss die Anlässe prägen. Aber auf die andere Seite, vollständig profitieren sie nicht, da sie sich immer an Kosten beteiligen müssen und die Infrastruktur nicht gut ist. Auch beispielsweise für einen Unihockeyverein. Diese suchen immer Dreifachturnhallen und haben zu wenige. In den Ferien sind die Turnhallen zu. Deshalb mein Appell an den Gemeinderat, hier vorwärts zu machen und die Projekte voranzutreiben. Nicht lieber dem Kanton und dem Finanzausgleich zu geben, sondern hierbehalten. Die Bevölkerung von Baar, die Vereine von Baar an einer super Infrastruktur teilhaben zu lassen, wenn wir das Geld schon haben. Vielleicht einen Abwart anstellen, der nur dazu da ist, in den Ferien die Hallen offen zu halten und am anderen Tag zu putzen. Damit diese Hallen zur Verfügung gestellt werden können. Deshalb mein Antrag, hier vorwärts zu machen.

### **Walter Lipp**

Bevor wir Seite für Seite im Budget durchgehen, werden wir auf einzelne genannte Aspekte eingehen. Ich gebe das Wort an den Finanzvorstand Pirmin Andermatt.

## **Pirmin Andermatt**

Auch von meiner Seite vielen Dank, dass der Finanzplan und das Budget 2020 so positiv aufgenommen wurden. Selbstverständlich gab es auch negative Voten. Auf diese gehe ich noch ein. Ich danke auch für die vielen verschiedenen Anregungen. Gewisse Dinge versuche ich zu relativieren.

Ich beginne gleich beim Finanzplan. Dazu nur kurz einige Dinge. Wenn ich es richtig verstanden habe, hiess es beim Präsident der RGPK, dass wir für das Jahr 2019 einen Überschuss von CHF 26 Mio. erwarten und ein ausgeglichenes Budget gemacht haben. Es war ein Überschuss von CHF 4.8 Mio. budgetiert für das Jahr 2019. Dies einfach, damit das richtiggestellt ist. In der Rechnung erwarteten wir CHF 26.5 Mio. Überschuss. Wir haben jedoch vor zwei Wochen neue Informationen vom kantonalen Steueramt erhalten und wir werden CHF 1.5 Mio. weniger Überschuss haben. Wir sind aber immer noch bei rund CHF 25 Mio. Überschuss.

Weiter zum Finanzplan. Wir dürfen sagen, und das wurde auch vom Finanzdirektor gesagt, es geht dem Kanton Zug finanziell sehr gut und selbstverständlich auch der Gemeinde Baar. Aber das darf uns nicht leichtsinnig machen und es darf uns keine goldenen Glocken sehen lassen, wenn wir auf Weihnachten zugehen. Es sind auch Wolken am Himmel. Einiges wurde genannt. Das eine ist das OECD. Dort geht es vor allem darum, dass neu Firmen nicht mehr an ihrem Standort Steuern zahlen, sondern dort, wo die Wertschöpfung stattfindet. Die Eidgenossenschaft ist dort näher dran. Sie rechnen mit CHF 5 - 10 Mia. Ertragsausfall. Das wird auf den Kanton und auf die Gemeinden hinuntergebrochen. Die Gemeinde Baar wird von allen Gemeinden prozentual am stärksten betroffen sein. Ich möchte keine Angst machen, doch die Gemeinde Baar hat beim Steueraufkommen knapp 50 % von den juristischen Personen und 50 % von den natürlichen Personen. Bei der Stadt Zug ist es ein Drittel und beim Kanton auch ein Drittel. Sämtliche andere Gemeinden sind deutlich tiefer. Das müssen wir berücksichtigen, wenn wir einen Finanzplan oder ein Budget erstellen. Was können wir hier erwarten? Zum Überschuss von rund CHF 25 Mio.: In der Stadt Zug und im Kanton sind mindestens ein Drittel der prognostizierten Überschüsse nachhaltig. In der Gemeinde Baar haben wir keine solchen Anzeichen. Das heisst, wir können für nächstes Jahr nicht einfach sagen, dass etwa die Hälfte der CHF 26 Mio., bzw. die Differenz also ca. 22 Mio., nachhaltig sind. Bei uns hat das Steueramt klar gesagt, dass es keine solche Signale gibt. Ergo wird bei uns schlussendlich weniger reinkommen.

Zum Budget möchte ich eine Folie zeigen. Es wurde immer wieder von den Steuern gesprochen. Man soll den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern etwas mitgeben bzw. man habe nichts mitgegeben. Wir haben uns den Aufwand gemacht und geschaut, wie es vor 20 Jahren im Vergleich zu allen anderen Gemeinden ausgesehen hat. Dort startet Baar im Mittelfeld mit 75 %. In den letzten Jahren sind wir dank den Überschüssen weit runter gekommen bis auf 53 % aktuell. Das ist eine Reduktion von 22 Steuerprozent. Das heisst, wenn Sie heute eine Rechnung vom Steueramt erhalten, müssten sie 50 % mehr bezahlen, wenn wir diese Steuersenkungen nicht gemacht hätten. Wir sind zuvorderst im Kanton Zug - wir haben den tiefsten Steuersatz. Wir möchten die Steuerkonkurrenz definitiv nicht noch weiter anheizen. Das wäre eine ungesunde Situation, auch gegenüber den anderen Gemeinden. Schweizweit als Gemeinde per se wären wir nicht die steuergünstigste Gemeinde - das wäre eine Gemeinde im Kanton Schwyz. Zusammen mit dem kantonalen Steuersatz liegen wir jedoch wieder zuvorderst.

Ich komme zu den Vorinvestitionen. Wir haben schon mehrmals gehört, dass ein Schreiben vom Kanton Zug kam, nachdem der Kantonsrat endlich das neue Finanzhaushaltsgesetz abgesegnet hat. Dieses beinhaltet die Schuldenbremse, die notabene aus den Jahren stammt, in denen man dachte, dass man in Zukunft nur noch Schulden und Minus macht. Darin ging man auch davon aus, dass sowohl ein positiver wie auch ein negativer Überschuss in 8 Jahren ausgeglichen auf 0 sein muss. Jetzt, beziehungsweise vor einem Jahr, hat die kantonale Behörde - möglicherweise auch auf den innovativen Druck der Einwohnergemeinde Baar - dem Druck nachgegeben und sie haben gesagt, dass man das nicht mehr braucht. Wir möchten jedoch eine Strategie, die wir vor 2 oder 3 Jahren angefangen haben, nicht einfach ohne Not ändern. Und das nur, weil der Kanton im letzten Jahr zu dieser Entscheidung gekommen ist. Vielleicht kommt er in zwei Jahren wieder zu einer anderen Entscheidung. Wir bleiben beim Antrag, dass wir jetzt Vorinvestitionen machen. Auch in einem Familienhaushalt oder in einem Verein, wenn alle 5 oder 10 Jahre Anlässe anstehen, macht man bereits im Budget vorsorglich gewisse Rückstellungen. Das ist transparent und zeugt von Qualität.

Diese Vorinvestitionen sind auch zweckgebunden. Das heisst, der Gemeinderat wird dazu gezwungen, diese Investitionen für die jeweiligen Projekte zu verwenden und für nichts anderes. Wenn wir einfach einen Überschuss haben, könnte dieser schlussendlich einfach in die Freie Reserve gehen bzw. es würde zusätzliche Begehrlichkeiten geben. Dem möchten wir ebenfalls Vorschub leisten. Die Vorinvestitionen werden max. 33 % von den Projektierungskosten bzw. von den effektiven Kosten ausmachen. Solange wir nur einen Projektierungskredit haben, kommt auch nichts mehr dort rein. Ein weiterer Grund für diese Vorinvestitionen ist, dass im Finanzhaushaltsgesetz leider die Abschreibungsmethode von degressiv - 10 % pro Jahr - auf linear auf 33 Jahre festgelegt wurde. Also 3 % pro Jahr. Damit verschieben wir anfallende Kosten auf die nächste Generation. Wenn man weiss, alle 20 bis 25 Jahre muss ich ein Gebäude sanieren, sind die grossen Kosten bei unserer nächsten Generation. Das wollen wir auch mit den Vorinvestitionen lindern und mildern. Ich hoffe, Sie können diesen Vorinvestitionen zustimmen.

Dies meine Voraussetzungen. Zu den einzelnen Punkten kommen wir noch.

### **Walter Lipp**

Ich möchte etwas zu unserem Personal sagen. Es stimmt, dass wir seit dem letzten Jahr einen Personalzuwachs ausweisen. Man muss auch sehen, dass dies der Finanzplan ist und noch nicht alle Stellen beschlossen sind. Der Gemeinderat hat dieses Jahr Zukunft konkret angepackt. Das ist ein Zukunftsprojekt, das aufzeigt, wo wir hin möchten.

Wenn wir über Social Media aktiv sein und andere Medien als unseren Internetauftritt bedienen möchten, können wir das nicht in 5 Minuten pro Tag erledigen. Denken wir an die nächste Generation. Fragen Sie Donald Trump, der vorhin auch schon erwähnt wurde, er setzt täglich mehrere Stunden für dieses Medium ein. Am Ende des Tages kostet auch das. Wenn wir zum Beispiel eine Ortsplanungsrevision angehen, brauchen wir das entsprechende Personal. Was ein einfacher Bebauungsplan auswirkt, wissen unsere Kantonsräte bestens. Das gibt nicht weniger Arbeit für die Gemeinde, sondern einen extremen Mehraufwand. Diesen müssen wir abfedern, da wir unsere Kunden bedienen müssen. Das ergibt in der Summe diese CHF 900'000.--. Glauben Sie mir,

wir begehren keine Stellen auf Vorrat. Wir können es klar ausweisen. Wir haben immer noch den Personalprozess. Wir entscheiden bedürfnisentsprechend und lösen das anschliessend aus.

Bei der Einmalzulage gebe ich Ihnen Recht. Nach zwei Jahren kann man auch von einer Zulage sprechen und das "Einmal" weglassen. Wir möchten das nicht generell. Doch ich möchte darauf aufmerksam machen, dass man seinerzeit in der ganzen Sparhysterie auch das Personal bestraft hat. Rekascheks gibt es sicher seit 5 oder 6 Jahren nicht mehr. Wenn wir diese wiedereinführen würden, hätten wir einen administrativen Aufwand, der kaum mehr zu händeln ist. Deshalb möchten wir das kompensieren. Denn Rekascheks sind nicht das wahre Mittel zum Zweck. Am Ende des Tages hat man es gerne im Portemonnaie. Wir möchten unseren Mitarbeitenden gerne wieder etwas zurückgeben. Im letzten Jahr und auch dieses Jahr hat der Kanton gesagt, dass er die zurückbehaltene Summe den Mitarbeitenden wieder ausschüttet. Das wurde vom Regierungsrat Heinz Tännler so kommuniziert. Wir haben das Gefühl, dass auch wir ein gutes Zeichen setzen können. Wir können später noch weiter darüber diskutieren.

### **Pirmin Andermatt**

Ich möchte noch eine Ergänzung machen. Es hiess, dass der Gemeinderat seine Besoldungsüberprüfung selber machen soll. In diesem Jahr - und das wissen sämtliche hier anwesende Kantonsräte - hat der Regierungsrat ein Projekt auf den Weg geschickt mit dem Titel "Generelle Besoldungsüberprüfung". Wir haben das gleiche Lohnklassen- und Lohnstufensystem wie der Kanton. Es macht nicht wirklich viel Sinn, dass die Gemeinde einfach mal etwas ändert und dann ändert der Kanton nochmals alles. Wir warten ab. Es wurde vom Finanzdirektor versprochen, dass es noch in dieser Legislatur ein Resultat geben wird. Wir können Sie anschliessend wieder über die Auswirkungen auf die Gemeinde Baar informieren.

### **Walter Lipp**

Danke für diese Ergänzung. Ich denke nicht, dass wir ein separates Reglement machen müssen. Wir haben uns seit 1846 dem Kanton angeschlossen. Ich bin der Meinung, dass wir das weiter beibehalten können. Wenn das aktualisiert ist, werden wir mitziehen.

Wir gehen das Budget Seite für Seite durch. Wir starten bei der Seite 19. Bei Fragen, Anregungen und Anträgen melden Sie sich bitte.

### **Pirmin Andermatt**

Zu Seite 21 möchte ich zwei Folien zeigen. Es wurde in den Zeitungen gesagt, dass der Mehraufwand in der Gemeinde überbordnet. Meine Abteilung hat eine Übersicht erstellt mit sämtlichen Gemeinden von 2012 bis 2018 mit dem Personalaufwand. Im Verhältnis zu 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner sind andere Gemeinden massiv höher. Wenn wir unsere Stellenbegehren brauchen, geht es noch nicht viel nach oben. Aber wir haben Konzepte, die bei uns anstehen und alle anstehenden Bauten. Mit dem jetzigen Personalbestand, auch in anderen Abteilungen, weiterzumachen, geht nicht.

Jede Firma, die neue und zusätzliche, grosse Aufträge bekommt, steht vor der genau gleichen Frage.

### **Michael Riboni**

Ich wurde vorhin kritisiert betreffend Nullpunkt auf der Folie. Als Hinweis: Hier hat es überhaupt keinen.

### **Pirmin Andermatt**

Auf dieser Folie sieht man den Sachaufwand. Hier sieht man die Situation noch deutlicher. Es wurde das Notwendige vom nicht-Notwendigen getrennt. Dies beim Aufwand, den wir steuern können. Martin Pulver muss ich leider mitgeben, dass die Gemeinde beim ZFA und NFA überhaupt keine Möglichkeiten hat, etwas zu machen. Das ist ein Gesetz. Hier kann der Kantonsrat, wenn er möchte, etwas einreichen und Änderungen vorschlagen. Im Rahmen der Überarbeitung von Kantons- und Gemeindeaufgaben war das eine Frage zwischen Gemeinde und Kanton. Gemeinden und der Kanton möchten hier nichts ändern. Unser Gesamtaufwand in NFA und ZFA ist CHF 27.2 Mio. Im Moment sind das 18 % der Gesamtaufwendungen. Wir können nicht entscheiden, dass wir nichts mehr bezahlen möchten.

### **Walter Lipp**

Wir fahren weiter mit dem Budget Seite für Seite.

### **Beni Riedi**

Als neues Mitglieder Verkehrs- und Tiefbaukommission ist mir das Investitionsvorhaben "Schrankenanlage Parkplatz Lättich" für CHF 130'000.– aufgefallen. Ich frage mich, was der Gemeinderat hier beabsichtigt.

Den Medien konnte man entnehmen, dass ein Parkraumkonzept erarbeitet werden sollte. Dazu werden die Bevölkerung und die Parteien eingebunden. Warum macht der Gemeinderat bereits hier ad-hock-Übungen und ändert etwas in Eigenregie? Man kann geteilter Meinung sein, ob man Parkgebühren erhöhen oder sogar verdoppeln möchte. Aber einzelne Massnahmen bereits umsetzen beziehungsweise beantragen, bevor er das Gesamtkonzept der Bevölkerung und den Parteien vorgelegt hat, finde ich nicht schlau. Dass es selbst innerhalb des Gemeinderates verschiedene Aussagen gibt, zeigt den Blick in die Zeitung. Die Zuger Zeitung vom 11. November 2019: "Dzaferi erwähnt, dass das anhaltende Bevölkerungswachstum den Druck auf die öffentlichen Parkplätze sukzessiv erhöht habe." Die Zuger Zeitung vom 2. Dezember mit einem Interview mit Walter Lipp: "Hat Baar denn genügend öffentliche Parkplätze? Antwort: Zur Zeit sind keine verbindlichen Aussagen dazu möglich. Eigene Feststellungen und Rückmeldungen von Bürgern haben gezeigt, dass es bei den Freizeitanlagen in den Abendstunden und unterwegs im Zentrum zu Engpässen kommt. Das kommunale Gesamtverkehrskonzept wird dazu weitere Informationen liefern." Die Verkehrskommission spricht sich ja übrigens mehrheitlich für eine satte Erhöhung von CHF 5.– auf CHF 8.– für eine Tageskarte aus. Das Protokoll ist übrigens öffentlich. Man kann das über das

Öffentlichkeitsprinzip beantragen. Für mich stellt sich die Frage, muss eine der reichsten Gemeinden der Schweiz wirklich bei den Familien, die einen Tag im Schwimmbad verbringen, mehr Geld verlangen? Für mich es nicht auf, dass die Gemeinde der Baarer Bevölkerung vorschlägt, CHF 800'000.– in die In- und Auslandhilfe zu geben und gleichzeitig mehr Geld von den Familien hier lokal verlangt.

Bis jetzt sieht die Parkplatzbewirtschaftung im Lättich - und darum geht es ja - folgendermassen aus: Montag bis Sonntag, morgens um 7.00 Uhr bis 12.00 Uhr, Mittag kostenlos bis 13.30 Uhr und ab 13.30 Uhr bis 19.00 Uhr bezahlt man wieder. Die Preise sind unabhängig davon, ob die Schranke kommt oder nicht. Aus welchem Grund möchte der Gemeinderat dort unbedingt eine Schranke für CHF 130'000.– bauen? Garantiert der Gemeinderat, dass die jetzigen Zeiten und Gebühren auch so bleiben, wenn wir die Parkschanke machen? Selber habe ich vor Ort geschaut wie es aussieht, wenn die Hauptsaison für den Reifenwechsel losgeht. Ich mache es kurz: Ich bin froh, organisiert Tomic so professionell die wartenden Autos. Er führt sie sogar zum Parkplatz. Würden diese Autos auf der Strasse stehen, würde nicht einmal der Bus durchkommen und die Autos würden bis zum Kreisel stehen. Wie würde ein solcher Fall mit einer Schranke gelöst werden? Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die Zulieferung für die Holzschnitzelheizung vom Lättich gewährleistet ist? Ich könnte noch viele solche Beispiele machen. Aber in der Politik und bei Entscheidungen geht es mir immer um zwei Dinge. Erstens haben wir ein Problem, zweitens gibt es eine Lösung, die dieses Problem entschärft. Falls nein, lassen wir die Finger davon. Vor allem, wenn man noch ein Gesamtkonzept entwickelt. Dann muss man zuerst dieses abwarten.

Demensprechend beantrage ich im Namen der SVP Baar den Investitionsbetrag von CHF 130'000.– zu streichen.

Zum Schluss noch zu den Anschuldigungen von Walter Lipp und Zari Dzaferi, dass vertrauliche Informationen aus dieser Kommission erzählt wurden. Wie einleitend erzählt, bin ich der Vertreter der SVP in dieser Kommission. Ich garantiere Ihnen, dass zu keiner Zeit vertrauliche Informationen von meiner Seite aus dieser Kommission gegangen sind. Und falls der Gemeinderat dies anders sieht, verlange ich hier und jetzt, dass er das unverzüglich abklären lässt und ein Verfahren eröffnet. Solche Anschuldigungen sind aus meiner Sicht Gift für die Demokratie. Nur weil jemand kritisch ist, sollte man nicht gleich austeilen, sondern sich den Diskussionen stellen. Ich lass es mir nicht nehmen, kritisch zu sein und ich schätze es sehr, dass auch kritische Voten gekommen sind. Ich möchte gerne, dass das so bleibt.

### **Walter Lipp**

Danke, dass Du in der Verkehrs- und Tiefbaukommission ein aktives Mitglied bist. Du weisst, dass wir hier noch nichts beschlossen haben. Ich habe es richtig in der Zeitung gesagt: "Vieles ist geplant, nichts ist entschieden". Wir werden die Meinungsprozesse selbstverständlich miteinbinden. Wir werden noch darüber befinden, ob Ihr diese Schrankenanlage wollt oder nicht. Wir haben sie noch nicht montiert und sind sehr offen.

Anschuldigungen diskutiere ich nicht. Wir sind im Moment im Rahmen des Budgets unterwegs. Du durftest etwas länger ausführen, warum Du diese Schrankenanlage nicht möchtest und ich nehme entgegen, dass Du den Antrag auf Streichung der Schranke stellst. Den Rest können wir noch bilateral zusammen anschauen.

## **Zari Dzaferi**

Zuerst einmal zur Zeitungsgeschichte vom 11. November und 2. Dezember. Glauben Sie mir, ich hatte keinen Drang, mit diesem Thema zu den Medien zu gehen. Ich musste doch feststellen, dass ich im November öfters in der Zeitung war als Paul Langenegger zu seinen besten Zeiten. Das habe ich so nicht gesucht.

Zum Thema Schrankenanlage. Diese ist im Budget enthalten und wenn etwas im Budget ist, geht es vor allem darum, dass man handlungsfähig ist. Der Gemeinderat möchte dieses Thema im nächsten Jahr genauer anschauen. Was ich Ihnen heute dazu sagen kann: Beni Riedi hat gefragt, weshalb es eine Schranke braucht, gibt es dort ein Problem? Es gibt nicht nur eines, sondern mehrere. Bei diesem Parkplatz hat es 312 Felder. Es gibt in der ganzen Schweiz praktisch keinen Parkplatz - zumindest kenne ich keinen - der mit dieser Grösse so bewirtschaftet wird, wie unser Platz im Lättich. Die Bewirtschaftung auf diesem Platz ist sehr schwierig. Es ist auch für die Sicherheitsassistenten und die Zuger Polizei schwierig. Dies wurde uns bereits öfters zurückgemeldet. Ich glaube, die Zeit, die wir dort für die Überprüfung benötigen, kann man mit den Sicherheitsassistenten sinnvoller investieren oder man kann das Geld einsparen. Der Gemeinderat hat dieses Projekt schon länger offen. Es geht vor allem um eine verursachergerechte Bewirtschaftung. Bürgerinnen und Bürger bezahlen effektiv das, was sie brauchen. Wenn sie zu wenig bezahlt haben, müssen sie nicht in den Badehosen zum Automaten rennen. Sie haben eine effektive Parkzeit drauf und bezahlen genau das, was sie brauchen. Es geht auch um die Gleichbehandlung von allen. Egal wer durch diese Schranke fährt bezahlt, wenn er raus fährt genau so viel, wie er gebraucht hat. Das ist fair. Sie können bei einer Schrankenanlage mit Noten, Münz, Kreditkarte oder digitalen Zahlungsmethoden bezahlen. Die Gratiszeit, die Beni Riedi angesprochen hat, kann man im System hinterlegen. Der Parkplatz kann so auch mit den heutigen Bewirtschaftungszeiten ausgestattet werden. Wenn man abends um 20.00 Uhr reinfährt, muss das Ticket einmal entwertet werden, Gebühren können jedoch genau gleich abgebildet werden.

Einen letzten Punkt: Im Jahr 2018 hat es auf diesem Parkplatz CHF 209'000.– Einnahmen gegeben. Das sind CHF 1.80 pro Parkfeld. Glauben Sie mir, das ist nicht unbedingt das, was dieses Parkfeld wirklich hergibt, wie viele Autos darauf stehen. Die Einnahmen vom Parkplatz Lättich gehen eins zu eins zum Lättich. Davon profitieren wir alle. Wir profitieren von tieferen Eintrittspreisen und dass wir das Lättich in einem tollen Zustand halten können. Demensprechend möchte der Gemeinderat dieses Thema im nächsten Jahr angehen und deshalb ist es im Budget in der Investitionsrechnung enthalten. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

## **Walter Lipp**

Wir sehen, Parkplätze werden uns auch im nächsten Jahr weiterhin beschäftigen. Beni kann ich beruhigen, Du kannst im Frühling bestimmt noch problemlos die Sommerpneus bei Tomic montieren.

Wir fahren weiter mit der Seite 35.

Ich stelle fest, dass es zum Budget keine Fragen mehr gibt. Wir haben einen Eventualantrag und im Rahmen des Budgets einen Antrag auf Streichung. Bei den anderen Voten kann man einfach zustimmen oder ablehnend sein. Sei es bei Punkt 2 oder 3 oder 4. Dazu kommen wir.

Ich ersuche die Gemeindegeschreiberin, die Anträge zu verlesen.

### **Anträge**

1. Die Steuern seien im Rechnungsjahr 2020 wie folgt zu erheben:
  - a) Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Reingewinn- und Kapitalsteuer:  
53 % des kantonalen Ansatzes.
  - b) Hundesteuer: CHF 120.–; für Wachhunde auf Landwirtschaftsbetrieben:  
CHF 40.–
2. Auf dem Steuersatz von 53 % gemäss Antrag 1 soll für das Jahr 2020 ein Steuerrabatt von 4 % gewährt werden.
3. Die Vorfinanzierung im Umfang von CHF 3'000'000.– zu Gunsten der Dreifachturnhalle Sternmatt 2 sei vorzunehmen.
4. Die Einmalzulage im Umfang von total ca. CHF 500'000.—für die Angestellten der Verwaltung, der Betriebe und der Schulen sei zu genehmigen.
5. Das Budget 2020 sei zu genehmigen.

### **Beschluss**

1. Die Steuern werden im Rechnungsjahr 2020 wie folgt erhoben:
  - a) Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Reingewinn- und Kapitalsteuer:  
53 % des kantonalen Ansatzes
  - b) Hundesteuer: CHF 120.–; für Wachhunde auf Landwirtschaftsbetrieben:  
CHF 40.– (2 Gegenstimmen)
2. Der Gewährung eines Steuerrabattes von 4 % auf den Steuersatz von 53 % gemäss Antrag 1 für das Jahr 2020 wird grossmehrheitlich zugestimmt.
3. Der Vorfinanzierung im Umfang von CHF 3'000'000.– zu Gunsten der Dreifachturnhalle Sternmatt 2 wird grossmehrheitlich zugestimmt.
4. Die Einmalzulage im Umfang von total ca. CHF 500'000.– für die Angestellten der Verwaltung, der Betriebe und der Schulen wird mehrheitlich genehmigt.

Einem Eventualantrag der SVP Baar auf Ausrichtung von 1/5 der Einmalzulage für die Angestellten in Form von Gewerbe Gutscheinen wird mit 117 zu 107 Stimmen zugestimmt.

Einem Antrag der SVP Baar auf Streichung der Schrankenanlage Parkplatz Lättich wird mehrheitlich nicht zugestimmt.
5. Das Budget 2020 wird einstimmig genehmigt.

Von der Grünliberalen Partei (glp) Baar wird eine Motion betreffend "Nachhaltige Investitionen für die Einwohner und die Umwelt" eingereicht. Diese wird an einer nächsten Gemeindeversammlung behandelt.

## Traktandum 4

### **Motion "zu einer umfassenderen Verwendung des Ertragsüberschusses" – Entscheid über Erheblicherklärung**

Die Vorlage des Gemeinderates vom 7. November 2019 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

#### **Michael Arnold**

Ich kann Sie vorab beruhigen, ich habe einen Nullpunkt eingefügt und ich habe ihn auch nicht verschoben - keine Panik.

Ich habe es an der Rechnungsgemeinde bereits angetönt, dass sich die FDP Baar nach der Ablehnung der Steuersenkung heute vor einem Jahr Gedanken gemacht hat, wie man dieser Unvorhersehbarkeit von Steuererträgen und sonstigen Einmaleffekten entgegenwirken kann. Wir haben im Dezember 2018 verstanden, dass das Baarer Stimmvolk nicht einfach eine blutte Steuersenkung möchte und haben deshalb die vorliegende Motion ausgearbeitet. Die Motion hat den Sinn und Zweck, dass eine umfassendere Überschussverwendung vom Gemeinderat ausgearbeitet werden soll. Wir von der FDP Baar sind der Meinung, dass auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in der Überschussverwendung direkt berücksichtigt werden sollen. Unsere Idee ist es, dass beim Jahresabschluss - das heisst, wenn das Resultat feststeht - ein Teilbetrag für einen Steuerrabatt im darauffolgenden Jahr ausgeschieden werden soll. Das heisst als Beispiel: Im Sommer 2020 haben wir die Rechnungsgemeinde zum Abschluss 2019 und dort soll ein Teilbetrag, analog von anderen Überschussverwendungen wie Vorfinanzierungen und sonstige Reservezuweisungen, für einen Steuerrabatt ausgeschieden werden, der dann im Budget im Jahr 2021 berücksichtigt werden soll. Durch eine solche Vorgehensweise kann allen unbekanntem und unvorhergesehenen Events entgegengewirkt werden und der Gemeinderat hat so die Möglichkeit, sich gegenüber dem Steuerzahler zu legitimieren. Bisher hat man einfach immer auf die ausserordentlichen und einmaligen Effekte hingewiesen und sich so beim Steuerzahler entsprechend entschuldigen müssen.

Wir könnten also ein solches Instrument dem Gemeinderat an die Hand geben, bei dem wir erstens die Überschüsse etwas glätten, zweitens transparent und fair mit diesen Überschüssen umgehen, alle berücksichtigen und nicht nur Reserven anhäufen zum Wohle der Gemeinde oder des Gemeinderates und drittens könnte sich der Gemeinderat so auch legitimieren. Er müsste sich nicht immer entschuldigen, warum er wieder so weit vom Budget entfernt war und mit der Kalkulation den Steuersatz auf eine falsche Grundlage gestellt hat.

Ich weiss nicht genau, warum der Ball vom Gemeinderat nicht aufgenommen wurde. Wir sehen das klar als Chance für den Gemeinderat. So bin ich etwas überrascht und fast schon enttäuscht von der Antwort des Gemeinderates. Eine sorgfältige Beantwortung sieht jedenfalls anders aus. Wenn ich hier unter anderem lese, dass der Steuerzahler in den vergangenen Jahren berücksichtigt wurde und der Steuersatz die letzten 20 Jahre aufgezeigt wird, ist das nämlich nur die halbe Wahrheit.

Sie sehen auf dieser Folie hier vorne, dass zwischen 2012 und 2017 beispielsweise überhaupt nichts gegangen ist. Im Jahr 2017 gab es wieder eine Reduktion. Wenn die FDP Baar die vorliegende Motion nicht eingereicht hätte, hätten wir heute Abend wiederum keine Reduktion zugesprochen bekommen. Das zeigt klar, dass wohl der Steuerzahler mit einbezogen wurde aber immer erst, wenn alle anderen Begehrlichkeiten und worstcase-Szenarien abgesichert wurden und der Nachdruck der Parteien eben doch nötig ist. Sonst hätte man den Steuerfuss bestimmt schon früher gesenkt. Als Nachteil der Motion wird zudem in der Vorlage ausgeführt, dass es eine zeitliche Verzögerung von 3 bis 4 Jahren gibt. Bei bisherigen Modellen sehe ich aber - wie vorher aufgezeigt - eine Verzögerung bis zu 5 Jahren, die bis 2017 gewirkt hat. Dieses Argument kann also nicht wirklich ins Feld geführt werden.

Wenn ich zudem schaue, wie in den letzten Jahren budgetiert wurde und was effektiv in diesen Jahren herausgeschaut hat, hätte der Steuersatz viel früher gesenkt werden müssen. Man hat stets die Erträge zu tief budgetiert und die Aufwände zu hoch. Das sehen Sie auf dieser Folie. Die blauen Balken sind die Abweichungen der Erträge zum budgetierten Ertrag. Hier zum Beispiel 20 % daneben, hier 15 % daneben, 10 % daneben. Die orangen unten sind die Abweichungen zum Aufwand. Man hat stets einen zu hohen Aufwand budgetiert. Das zeigt, dass man hier nach wie vor in einer Wohlfühllose war.

Man hat auf dieser Folie die Budgetierungen der letzten 10 Jahre aufkumuliert. Das ist das orange. Man erhält insgesamt in den letzten 10 Jahren einen Verlust von CHF 50 Mio. Die Gemeinde Baar hat in den letzten 10 Jahren ein Defizit budgetiert, herausgeschaut hat aber ein Überschuss von CHF 110 Mio., was ein Delta ergibt von CHF 150 Mio. Man hat also ein Delta von CHF 150 Mio., lehnt aber eine Motion ab, die zum Ziel hat, diese Fehleinschätzungen zu überdenken. Da frage ich mich, was möchte man den sonst machen? Jetzt möchte man uns hier erzählen, dass der Steuersatz nach wie vor aufgrund des Budgets festgelegt werden soll. Man soll also weiterhin von einer nicht einschätzbaren und bewiesenen falschen Grundlage ausgehen. Als Bürger, als Parteipräsident und vor allem als Steuerzahler verstehe ich das nicht.

Natürlich macht das Sinn aus dem Blickwinkel vom Gemeinderat. Doch es kann nicht Sinn und Zweck einer transparenten und fairen Steuer- und Finanzplanung sein, wie sie hier immer proklamiert wird. Zudem ist es nicht unser Gedanke, dass die allfälligen Steuerrabatte stets durchgezwängt werden müssen. Beschlossen soll der Betrag oder der Anteil jedes einzelne Mal die Gemeindeversammlung, also wir. Die Kompetenz muss klar beim Volk bleiben. So steht es auch in der Motion. Wenn man weiss, dass ein solcher Rabatt bei einem Überschuss einmal nicht drin liegt, aufgrund des Folgejahrs oder irgendwelchen Aufwänden, kann sich der Gemeinderat hier drin erklären. Ich bin hundertprozentig davon überzeugt, dass wir Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das auch bei den Abstimmungen entsprechend berücksichtigen.

Den Aspekt mit den Zukunftsaussichten kann man nicht wirklich ins Feld führen. Unerhört finde ich, wenn von Steuerschlupflöchern gesprochen wird. Man möchte also die Motion in ein schlechtes Licht rücken. Der Gemeinderat schreibt, dass aufgrund eines solchen Steuerrabatts die Unternehmen stille Reserven erfolgswirksam auflösen und so den Steuerrabatt ausnützen. Ich glaube erstens nicht, dass unsere Baarer Unternehmen so kurzfristig denken und zweitens, was passiert bei dem festgelegten Steuerrabatt von heute Abend? Genau das gleiche. Es entsteht das gleiche Risiko, das der Gemeinderat als Nachteil dieser Vorlage ins Feld führt. Der Gemeinderat widerspricht sich selber. Zudem würde unsere Motion vielleicht den allfälligen Effekt etwas glätten,

wenn wir all diese Jahre einen Rabatt machen anstelle von nur einmal. Dann ist das Risiko grösser.

Zudem wird die Auflösung der Stillen Reserven sowieso kommen. Das weiss man im Hinblick auf die Umsetzung der STAF. Diese werden aufgelöst. Doch davon steht in dieser Vorlage auch nichts.

Dass man bereits jetzt den administrativen Aufwand als Problem darstellt, finde ich verfrüht. Man unterstreicht weiter mit diesem Vorgehen, dass eben Probleme gesucht wurden anstelle von Lösungen. Wir haben heute eine Einmalzulage gesprochen, so dürfen wir auch einen kleinen Aufwand erwarten.

Mein Votum soll aber absolut nicht als Kritik gegenüber der Finanzabteilung wahrgenommen werden. Die Finanzabteilung macht einen hervorragenden Job. Ich bin nur nicht zufrieden, wie es hier in dieser Vorlage ausgelegt wurde. Eine Motion mit einem legitimen Gedanken und Interesse wird bereits im Vorherein abgewürgt. Der RGPK danke ich für die offene Haltung und dass sie diese Motion richtigerweise einstimmig erheblich erklärt haben. Ich kann Euer Argumentarium nur unterstützen. Es zeigt ein weiteres Mal, dass Ihr einen hervorragenden Job für unsere Gemeinde macht. Ich habe es noch nie erlebt, dass der Gemeinderat komplett konträr zu einer RGPK entscheidet. Eine Kommission, die mit absoluten Finanzspezialisten bestückt und notabene ein Aufsichtsorgan der Exekutive ist. Aber so sei es nun mal.

Aufgrund meiner vorhergegangenen Ausführungen empfehlen wir Ihnen, die Motion heute Abend erheblich zu erklären und damit dem Gemeinderat die Aufgabe zu geben, eine saubere Auslegeordnung zu machen, sich nochmals richtig mit der Problematik auseinanderzusetzen und mit einem sorgfältig erarbeiteten Vorschlag zurück zur Gemeindeversammlung zu kommen. Erst dann würde über eine allfällige Umsetzung diskutiert. Es ist wichtig, dass sich der Gemeinderat jetzt mit dieser Situation auseinandersetzt und deshalb diese Motion erheblich zu erklären ist.

### **Thomas Gwerder**

Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt einstimmig, die Motion erheblich zu erklären. Sie unterstützt das Anliegen, auch die Steuerzahler so zeitnah wie möglich an den Ertragsüberschüssen der Gemeinde teilhaben lassen zu können. Sie begrüsst ebenfalls, dies jeweils im Rahmen der Debatte über die Gewinnverwendung an der Rechnungsgemeinde zu beschliessen. Ein möglicher Ansatz zur Umsetzung dieses Anliegens könnte die Gewährung von Steuerrabatten sein, wie es der Gemeinderat dieses Jahr zum ersten Mal vorschlägt.

### **Silvan Meier**

Ich stehe hier für die CVP Baar und darf sagen, dass wir grundsätzlich Sympathien für den Vorschlag der FDP haben. Auch wir sind der Ansicht, dass Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von guten Ergebnissen profitieren und nicht Steuern auf Vorrat bezahlen sollen. Doch wenn die FDP in ihrer Motion schreibt, an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sei in den letzten Jahren immer zuletzt gedacht worden, dann ist sie aus unserer Sicht auf dem Holzweg. Der Steuerfuss ist in den letzten 20 Jahren von 75 auf 53 Prozent gesunken. Da haben wir wohl doch etwas profitiert. Ebenso schreibt die FDP in ihrem Vorstoss, dass die Verwaltung im Gegensatz zu uns Bürgerinnen und Bürgern ihre Ansprüche geltend gemacht habe und diese erfüllt wurden. Dass die FDP

ihren Gassenhauer von der «schlanken Verwaltung» singt, ist wenig überraschend und dass die SVP lautstark mitsingt ist auch klar. Auch die CVP will keinen aufgeblähten Verwaltungsapparat. Doch vielleicht müssten wir heute nicht über die Motion der FDP diskutieren, wenn bereits früher die eine oder andere zusätzliche Stelle in der Gemeindeverwaltung geschaffen worden wäre. Die Gemeinde Baar hat nämlich kein Steuer-, sondern ein Investitionsproblem: Zu viele Projekte wie die verschiedenen Schulhausneubauten kamen in den letzten Jahren nicht vom Fleck. Statt gestaffelt zu investieren, kommen nun mehrere grosse Brocken gleichzeitig auf uns zu. Vielleicht – ich sage bewusst «vielleicht» – wäre dies zu verhindern gewesen, wäre mehr Personal zur Verfügung gestanden. Statt Millionenüberschüsse zu schreiben, wären im Wiesental die Baumaschinen aufgefahren und unsere Steuergelder würden sinnvoll in die gemeindliche Infrastruktur investiert – zum Nutzen von uns allen.

Zurück zur Motion der FDP: Der Vorstoss erscheint uns etwas unausgegoren und auch sprachlich missglückt. Heute hatte ich das Gefühl, dass ich Michi verstanden habe. In der Motion habe ich es jedoch nicht sofort verstanden, ich fand es etwas kompliziert formuliert. Die Grafiken hätten vielleicht noch etwas gebracht. Ich habe mich auch gefragt, ob die Überarbeitung der Motion auf Anregung des Gemeinderates die inhaltliche Stossrichtung verschlechtert oder verbessert hat.

Jedenfalls danke ich dem Gemeinderat und der Abteilung Finanzen / Wirtschaft für diese umfassende Antwort. Obwohl es hier nur um die Erheblicherklärung geht und nicht darum, Beschlüsse zu fassen.

Zu den drei Varianten. Zuerst die Variante 2 und 3, die der Gemeinderat hier beschrieben hat, müssen wir nicht hier diskutieren. Die kantonale Steuerverwaltung hat schlicht keine Lust, bei Rückzahlungen oder Abgaben von Gewerbegutscheinen Hand zu bieten. Wenn man das in der Gemeinde durchführen möchte - hier gebe ich dem Gemeinderat recht - wäre das mit einem grossen Aufwand verbunden. Ich denke nicht, dass es im Sinne der FDP ist. Stichwort Gassenhauer "schlanke Verwaltung".

Bleibt der Steuerrabatt. Einen solchen hat der Gemeinderat – auch aufgrund der Motion der FDP – im Rahmen des Budgets 2020 angenommen. Und er begründet auch, weshalb es Sinn macht, einen Steuerrabatt im Rahmen der Budgetdebatte zu beschliessen und nicht – wie von der FDP vorgeschlagen – erst an der Rechnungs-gemeinde. Wir Steuerzahlerinnen und Steuerzahler profitieren direkt und schnell. Es ist kein grosses Risiko dahinter. Die Steuern werden auch weiterhin fliessen und wir werden deshalb kein grosses Minus machen. Trotzdem haben wir Geld für die anstehenden Investitionen. Der Steuerrabatt ist eine pragmatische Lösung, die dem Anliegen der Motionäre in weiten Teilen gerecht wird und die Forderungen erfüllt. Die CVP Baar empfiehlt Ihnen deshalb, die Motion wie vom Gemeinderat vorgeschlagen als nicht erheblich zu erklären und abzuschreiben. Herzlichen Dank!

### **Michael Arnold**

Lieber Silvan, ich kann leider nichts dafür, wenn das Finanzchinesisch nicht Deine Stärke ist. Du hättest mich gerne anrufen können und ich hätte es Dir vorher erklärt.

Die Stossrichtung habe ich nicht aufgrund des Gemeinderates angepasst, denn vom Gemeinderat war bei diesem Austausch niemand anwesend.

Wenn wir eine Verwaltung aufblähen müssen, um einen Steuerrabatt zu machen, könnt Ihr mich anrufen und ich komme und berechne den Steuerrabatt gratis. Dann

machen wir das gleiche wie heute. Wir bestimmen den Rabatt und hängen ihn an den budgetierten Steuerrabatt vom nächsten Jahr.

### **Pirmin Andermatt**

Herzlichen Dank für diese innovative Motion, die die FDP. Die Liberalen eingereicht hat. Ich danke auch für die Ausführungen von Michi zur positiven Arbeit der Abteilung Finanzen / Wirtschaft. Das gebe ich gerne meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiter.

Wir haben diese Motion sehr ernst genommen. Die Antwort ist Sage und Schreibe 6 Seiten lang. Wir haben versucht, Szenarien zu erstellen, wie es sein könnte und was wir alles sehen. Wir waren auch beim Kanton, um zu fragen, ob sie weitere Varianten haben. Michi, in einem Punkt gebe ich Dir absolut und hundertprozentig recht. Das Rechnen des Steuerrabatts ist wohl das Einfachste. Rechnen im Dreisatz und es ist erledigt. Danach wird es kompliziert. Zu den Aussagen, dass eine bewiesene falsche Ausgangslage für die Berechnung vom neuen Steuerfuss im Budget besteht oder die Motion sei transparenter und fairer, sage ich nicht viel. Nur Folgendes und ich überlasse es Ihnen, zu entscheiden, was wohl richtig und was falsch ist: Mehr als 2'000 Gemeinden und 26 Kantone budgetieren genauso wie wir. Ohne diese Motion.

Wir haben geschrieben, dass es Mehrarbeit gibt. Man muss verstehen, dass die Steuern vom Kanton eingezogen werden. Sämtliche Daten sind beim Kanton. Wir erhalten die Beträge. Wir wissen ungefähr, aufgrund einer Liste, welcher Steuersubjekt wie viel Steuern schlussendlich zahlt. Mehr haben wir nicht. Sämtliche weitere Angaben liegen uns nicht vor. Diese sind nur beim Kanton. Der Kanton sagt - ich wiederhole es nochmals - dass er uns nicht unterstützen kann. Ergo müssen wir die gesamte Arbeit zuerst erledigen. Wenn wir es schlussendlich effektiv so machen möchten, brauchen wir die Kontoangaben von jedem Steuersubjekt. Wir haben 14'500 Natürliche Steuerzahler und 7'600 juristische Steuerzahler. Michi, ich nehme Dein Angebot gerne an, dass Du im nächsten Jahr alle Angaben sammelst und entsprechend berechnest. Und das ist nur ein Beispiel. Es wurden auch noch andere Sachen genannt.

Wir wollten nicht einfach nur negative Punkte zu den drei Szenarien zeigen. Es wurde einmal vor 6 oder 8 Jahren ein Antrag eingereicht - notabene von der RGPK -, um alle Folgekosten aufzuzeigen. Hier wollen wir genau das aufzeigen. Ein weiterer Punkt: Es ist nicht das erste Mal in den letzten 20 Jahren, dass die RGPK komplett anderer Meinung als der Gemeinderat ist. Das haben wir in den letzten Jahren mehr als einmal gehabt. Manchmal haben wir gewonnen und manchmal auch nicht.

Zur Transparenz und Zeitnähe sehen wir in der Folie 8 sehr schön den Steuerrabatt, den Sie verdankender Weise für das nächste Jahr gesprochen haben. Aufgrund des sehr guten Ergebnisses im Jahr 2019 können wir sagen, dass wir einen Steuerrabatt geben. Würde man die Idee der Motion weiterverfolgen, wäre das erst im nächsten Jahr der Fall. Die zeitnahe Lösung würde sich um ein Jahr weiterverschieben. Ich überlasse es Ihnen, zu entscheiden, was Sie zeitnah halten und was nicht. Wir vom Gemeinderat sagen, unsere Lösung ist eher zeitnah, als die Lösung, die möglicherweise aus der Motion herauskommen könnte.

Jetzt werde ich leicht buchhalterisch. Wir müssten im Rahmen der Angaben der Überschussverwendung im Juni sagen, wie viel wir zurückstellen für den Steuerrabatt. Dies könnten zum Beispiel CHF 3, 4 oder 5 Mio. sein - ich nehme irgendeinen Betrag. Dieser wäre dann im nächsten Jahr in den Steuerrechnungen. Es ist jedoch so, dass in

dieser Zeit nicht alle definitiv veranlagt werden. Es wird definitiv ein Delta, eine Differenz geben. Und was machen wir mit dieser Differenz? Das ist ein weiterer Punkt, den wir anschauen müssen. Wenn wir schlussendlich absolute Beträge festlegen möchten, um dem entsprechend nachzukommen.

Ich mache einen weiteren Punkt. Es geht um die Folie Nr. 3. Auch wir haben uns die Arbeit gemacht und wenn wir wieder über den Nullpunkt sprechen: Hier geht es um ein Jahr und nicht um den Nullpunkt. Es geht um die Jahre 2012 bis 2017. Es hiess, 5 Jahre lang hätte es keine Steuersenkung gegeben. Schauen Sie bitte die Zahlen auf der Folie an. Es stehen dort absolute Zahlen. Im Jahr 2017 gab es ein grosses Plus und dann kam die Steuersenkung. Was haben wir hier genau falsch gemacht? Wir hatten vorher keine riesigen Überschüsse. Gerade in den Jahren 2012, 2013, 2014 möchte ich sagen, dass der Kanton ein Minus von CHF 130 Mio. hatte. Sollten wir den in dieser Zeit, in der es dem Kanton nicht gut ging, zusätzlich Steuersenkungen machen?

Es ist noch der Punkt genannt worden, dass wir die Steuern zum Wohle des Gemeinderates nicht senken möchten. Dazu möchte ich nur eines sagen: Der Gemeinderat hat in den letzten 20 Jahren keine Lohnerhöhungen erhalten. Ich sage nicht mehr dazu. Ich verstehe hier nicht, warum es zum Wohle des Gemeinderates sein soll.

Ich denke, das sind die wesentlichen Ausführungen. Es stand in den Zeitungen, wir widersprechen uns. Wir machen jetzt einen Steuerrabatt und eine Motion, zu einem Steuerrabatt, wollen wir nicht erheblich erklären. Genau aus diesem Grund wollen wir die Motion nicht erheblich erklären. Wir können die Motion nicht erheblich erklären, da wir den Auftrag nicht ausführen können. Wir können keine Motion zur Erheblicherklärung empfehlen, wenn wir schlussendlich sagen müssen, dass sie nicht umsetzbar ist. Das läuft etwas anders als beim Kanton. Ich weiss, dort wird nicht über den Inhalt einer Motion diskutiert, sondern sie wird überwiesen und es gibt eine Antwort vom Regierungsrat. Bei den Gemeinden läuft es jedoch etwas anders.

Aufgrund all dieser Gründe bittet der Gemeinderat Sie, diese Motion nicht erheblich zu erklären. Wir können das bisherige System mit unserem Vorschlag verbessern. Oder auch mit einer Steuerfussenkung. Das kann man hier immer beantragen.

### **Walter Lipp**

Ich denke, es gibt den Ausführungen des Finanzvorstands nichts mehr hinzuzufügen. Die Diskussion ist ebenfalls erschöpft. Die Gemeindegliedlerin wird den Antrag verlesen.

### **Antrag**

Die Motion der FDP.Die Liberalen Baar sei im Sinne des Vorschlages des Gemeinderats als nicht erheblich zu erklären und abzuschreiben.

### **Beschluss**

Die Motion der FDP.Die Liberalen Baar wird im Sinne der Ausführungen des Gemeinderats grossmehrheitlich als nicht erheblich erklärt und abgeschrieben.

## Traktandum 5

### Beiträge In- und Auslandhilfe – Ausrichtung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 7. November 2019 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

#### Alain Hettinger

Ich spreche im Namen der CVP Baar. Um es vorweg zu nehmen, die CVP Baar unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Ich spreche dem Gemeinderat und den Mitarbeitenden für die Vorlage ein Kompliment aus. Die Vorlage ist aus meiner Sicht eine sehr gelungene Arbeit. Weshalb ist dies eine mehr als gelungene Arbeit? Man spricht in der heutigen Zeit von Diversifikation und die Vorlage mit den vorgeschlagenen 21 Projekten könnte aus meiner Sicht nicht diversifizierter sein. Zusätzlich ist bei diesen Projekten meistens jemand von Baar oder dem Kanton Zug involviert und so haben wir die Gewissheit, dass das Geld am richtigen Ort verwendet wird. Die Auswahl der Unterstützung geht unter anderem an diverse Schweizer Berghilfeprojekte, an ein beinahe verlassenes Dorf im Verzascatal, welches als "Hoteldorf der besonderen Art" sich neu positioniert und so seinen Weiterbestand sichert, an den Verein "Tischlein Deck dich", welcher Lebensmittel vor der Abfalltonne rettet und somit der gesamten Wertschöpfungskette Rechnung getragen wird. Die geretteten Lebensmittel werden in der Schweiz an Armut betroffene Menschen zugänglich gemacht. Die Auslandhilfe geht unter anderem nach Moldawien. Dort unterstützen zwei Zuger Chirurgen ein Spital mit dem benötigten Know-how, um eine rudimentäre, medizinische Erstversorgung gewährleisten zu können. Die Auslandhilfe geht auch an die Organisation "Ärzte ohne Grenzen". Diese ist darum bemüht, die Kindersterblichkeit in der Afrikanischen Republik Niger massgeblich zu verkleinern, indem sie dort die medizinische Versorgung aufbaut und verbessert. Die Auslandhilfe geht unter anderem an die Organisation Schweizerisches Rote Kreuz, welche einerseits die Migrationskrise in Venezuela versucht zu Händeln und andererseits die medizinische Versorgung und Verteilung von Lebensmittelpaketen im Libanon koordiniert. Das waren einige Organisationen. Ich könnte gerne noch weitere erwähnen. Es sind ja, wie schon gesagt, 21 Projekte. Aber ich möchte es nicht in die Länge ziehen.

Gerne nenne ich nochmals einige Stichworte, welche mir ins Auge gestochen sind. In dieser Vorlage geht es um Ausbildungsstätten zu schaffen und zu unterhalten, um Aufzucht, Nachhaltigkeit, Landwirtschaft, sauberes Trinkwasser, medizinische Erstversorgung, Senkung der Kindersterblichkeitsrate und um vieles mehr. Ich gratuliere uns allen, dass wir es in den letzten Jahren geschafft haben - nach dem Grundsatz der Steingigkeit - jeweils einen rechten Batzen zu bewilligen für Leute, welche in eine Notlage geraten sind oder sonst bedürftig sind. Als ich die Projekte gelesen habe und mich im Internet noch weiter darüber informiert habe, ist mir aufgefallen, dass ganz viele von uns Baarerinnen und Baarer weltweit vernetzt sind und auf einigen Kontinenten verteilt, humanitäre Projekte lancieren und unterstützen. Es freut mich sehr, dass Personen von unserem Dorf, aus unserem Umfeld ihre soziale Verantwortung weit über die Gemeindegrenze hinaus und über den ganzen Globus verteilt, wahrnehmen. Das finde ich persönlich sehr bewundernswert. Ich bin überzeugt, dass die In- und Auslandhilfe der Gemeinde Baar einen "return on investment" bringen wird. Vielleicht nicht morgen

und eventuell auch nicht in finanzieller Art und Weise, aber ich bin mir sicher, dass es sich langfristig für die Gemeinde Baar lohnen wird.

Die CVP Baar empfiehlt Ihnen die Annahme dieser gelungenen Vorlage. Vielen Dank.

### **Hans Küng**

Um gleich zu Beginn eins klarzustellen: Die SVP Baar ist nicht grundsätzlich gegen die In- und Auslandhilfe. Aber wir sind einfach skeptisch und haben eine gewisse Angst davor, dass die Gelder dieses Jahr wie voraussichtlich auch die kommenden Jahre künstlich aufgeblasen werden. Wegen dieser Angst einer unkontrollierten Steigerung wird die SVP Baar dem Traktandum 5, dem Gemeinderat entgegen, nicht zustimmen.

Ich möchte erwähnen, dass jeder in seinem eigenen Interesse Geld spenden kann. Möchte man etwas geben oder liegt es überhaupt drin, etwas zu spenden. Klar sehen wir alle die hervorragenden Zahlen der Gemeinde Baar. Aber ich frage mich, wem wir etwas beweisen müssen mit diesen zusätzlichen CHF 400'000.–.

Mein Kantonsratskollege aus Cham hat mir heute erzählt, dass ein Posten In- und Auslandhilfe im Budget der Gemeinde Cham gar nicht existiert. Kein Franken wird verteilt und wir in Baar stimmen darüber ab, ob wir CHF 400'000.– oder CHF 800'000.– geben wollen. Auch von der Stadt Zug sind mir Zahlen zugetragen worden. Dort sind es lediglich CHF 80'000.–, welche von der grossen Stadt Zug ins In- und Ausland gehen. Weshalb müssen wir in Baar das Zehnfache bezahlen?

Als kleiner Input: Von Bundesbern kommen im nächsten Jahr auch noch CHF 3.65 Milliarden für die Hilfe im Ausland dazu.

Zur Projektauswahl ist mir besonders ein Posten ins Auge gestochen. Es hat definitiv sehr gute Projekte dabei, wie zum Beispiel die Unterstützung von Sigi Andermatt in Ecuador. Andererseits frage ich mich aber auch, ob ab einem gewissen Zeitpunkt die Ideen für interessante Projekte ausgegangen sind, da wir auch die Caritas mit CHF 20'000.– unterstützen. Für mich sah dies in der Vorlage wie ein Notnagel aus. Weshalb mir gerade die Caritas ins Auge gestochen ist, fragt Ihr Euch sicherlich. Jeder Haushalt, jede Person hat in der Weihnachtszeit einen Bettelbrief dieser Organisation im Briefkasten vorgefunden. Sollen wir denn schlussendlich zweimal bezahlen?

Auf der einen Seite wollen wir die In- und Auslandhilfe, wie bereits erwähnt, auf CHF 800'000.– erhöhen, gleichzeitig aber werden die Baarer Vereine gepiesakt mit einer Hallenmiete von CHF 100.–. Ist dies richtig?

Aufgrund der Annahme, dass jeder und jede frei und unabhängig über ein solch emotionales Thema abstimmen kann und sich nicht im Nachhinein auf der Strasse Vorwürfe anhören muss, wenn die Hand im falschen Moment erhoben wurde, beantrage ich eine geheime Abstimmung gemäss § 77 unseres Gemeindegesetzes. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

### **Walter Lipp**

Es wurde eine geheime Abstimmung verlangt. Ich bitte Marco, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen. Auf solche Anträge sind wir vorbereitet.

## **Rafael Schenkel**

Mein Name ist Rafael Schenkel, Vorstandsmitglied der Alternative – die Grünen Baar. Vor ca. einem Jahr stand ich auch schon da vorne, um das Thema der In- und Auslandhilfe aufzugreifen. Damals stellten wir von der Alternative – die Grünen Baar den Antrag, die In- und Auslandhilfe aufgrund der positiven Jahresrechnung von Total CHF 200'000.– auf CHF 400'000.– zu verdoppeln. Dass der Gemeinderat auf unseren Antrag hin, dieses Jahr CHF 400'000.– für die In- und Auslandhilfe ausgeben möchte, begrüßen wir von der Alternative – die Grünen sehr. Trotzdem ist dies kein Grund, sich jetzt zurückzulehnen und das Gefühl zu haben, dass wir dieses Thema für die nächsten Jahre von der Agenda streichen könnten. Auch im Jahr 2019 musste man nur den Fernseher einschalten oder die Zeitung aufschlagen, um zu sehen, was auf der Welt passiert. Egal ob Südamerika, Afrika, Asien oder anderswo. Und manchem muss man gar nicht so weit gehen. Armut betrifft auch Menschen aus unserem direkten Umfeld, Freunde, Verwandte, Arbeitskollegen oder Nachbarn. Laut dem Bundesamt für Statistik ist die Zahl von Armut betroffener Personen in der Schweiz in diesem Jahr von 615'000 auf 675'000 gestiegen. Mehrere Milliarden von Menschen leiden weltweit an Mangelernährung, Krankheiten, Krieg oder Verfolgung. Der Klimawandel ist einer der massgeblichen Gründe dafür und die Verantwortung dafür tragen wir alle, vor allem in den reichen Ländern.

Wir Baarerinnen und Baarer wissen ganz genau, dass wir mit unserem tiefen Steuersatz Firmen begünstigen, welche am Klimawandel eine massgebende Mitverantwortung tragen. Deshalb stehen wir weiterhin in der Pflicht, uns für diejenigen Menschen einzusetzen, welchen es nicht so gut geht. Von der SVP hört man immer wieder das Argument "Wir müssen vor Ort Geld investieren, anstatt Flüchtlinge zu uns zu holen". Die Auslandhilfe macht genau dies. Sie hilft vor Ort. Danke vielmals.

## **Walter Lipp**

Hans Küng hat eine geheime Abstimmung verlangt. Im Gemeindegesetz steht folgendes: "Wenn ein Sechstel der anwesenden Stimmberechtigten es verlangt, ist geheim abzustimmen. Wenn eine anwesende stimmberechtigte Person es verlangt, ist geheim zu wählen." Es geht hier nicht um eine Wahl, sondern um eine Abstimmung. Wenn 44,33 Personen dem Antrag zustimmen, werden wir geheim abstimmen. Ansonsten stimmen wir öffentlich ab.

## **Antrag geheime Abstimmung**

Wer dem Antrag von Hans Küng auf eine geheime Abstimmung zustimmen möchte, soll die Hand erheben.

## **Beschluss geheime Abstimmung**

Es sind 10 Stimmen. Der Antrag auf geheime Abstimmung kommt nicht zu Stande. Es wird öffentlich abgestimmt.

### **Antrag**

Der Ausrichtung der Beiträge im Rahmen der Inlandhilfe, CHF 200'000.--, und der Auslandhilfe, CHF 200'000.--, im Totalbetrag von CHF 400'000.– durch Entnahme aus der Freien Reserve sei zuzustimmen.

### **Beschluss**

Der Ausrichtung der Beiträge im Rahmen der Inlandhilfe, CHF 200'000.--, und der Auslandhilfe, CHF 200'000.--, im Totalbetrag von CHF 400'000.– durch Entnahme aus der Freien Reserve wird grossmehrheitlich zugestimmt.

### **Walter Lipp**

Ich darf erwähnen, dass die RGPK in ihrer Stellungnahme gesagt hat, man soll künftig direkt mit dem Rechnungsergebnis einen Vorschlag für die Gewinnverwendung unterbreiten und anschliessend die Kompetenz dem Gemeinderat erteilen. Wir nehmen diese Kompetenz sehr gerne wahr und werden Euch mit dem Ertragsüberschuss einen Vorschlag machen. Sie können dann abstimmen, ob wir dürfen oder nicht. Traditionsgemäss war es so, dass wir bei guten Zahlen in der Vorlage einen Vorschlag gemacht haben. Deshalb haben wir das auch so gemacht. Früher waren es CHF 100'000.--, dann CHF 200'000.--. Dann haben wir angefangen zu sparen und sind wieder auf CHF 100'000.--. Anschliessend hat man wieder auf CHF 200'000.– verdoppelt. Dies als Zusatzinformation.

## Traktandum 6

### **Ergänzungspavillon Primarschule Sennweid – Genehmigung Baukredit**

Die Vorlage des Gemeinderates vom 7. November 2019 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

#### **Daniel Zemp**

Als Stellvertreter der Baukommission nehme ich Stellung zum Ergänzungspavillon Primarschule Sennweid. Die Baukommission hat von den prekären Raumsituationen im Schulhaus Sennweid Kenntnis genommen. Das heutige Provisorium Schulpavillon Sennweid stammt aus dem Jahr 1991. Es wäre für rund 5 bis 6 Jahre geplant gewesen. Heute sind es rund 30 Jahre und das Provisorium ist noch immer in Betrieb. Leider entspricht der Pavillon mit den sehr engen Platzverhältnissen nicht mehr den gängigen Standards einer Primarschule, zudem fehlen Schulräume.

Der fehlende Bedarf an Schulräumen hätte nach Ansicht der Baukommission bereits im Rahmen der Schulraumplanung 2016 ausgewiesen werden müssen. Um die Raumsituation im Schulhaus Sennweid zu verbessern, empfiehlt die Baukommission, dem Baukredit für den Ergänzungspavillon Primarschule Sennweid zuzustimmen.

#### **Thomas Gwerder**

In diesem Traktandum stimmen wir über den neuen Ergänzungspavillon für neue Schulräume im Sennweid ab. Der bestehende Pavillon wird in den nächsten 10 bis 15 Jahren auch weiterhin benötigt und bei diesem muss mit Sanierungskosten von ca. CHF 500'000.– gerechnet werden. Im nächsten Jahr werden wir dann noch über den Pavillon für die schulergänzende Betreuung im Sennweid abstimmen.

Damit in Zukunft weniger Provisorien gebraucht werden, erwarten wir eine rollende, mindestens jährliche, Überprüfung der Schulraumplanung. Weiter finden wir Einsparungen von weniger als 10% der Baukosten bei der Wahl eines typengleichen Provisoriums wie bei der Schule Wiesental, als zu gering

Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission unterstützt einstimmig den Antrag des Gemeinderates, für die Errichtung eines Ergänzungspavillons bei der Primarschule Sennweid einen Kredit von CHF 3.1 Mio. zu bewilligen.

#### **André Guntern**

Vor drei Wochen ist im Zugerbieter dieser grosse Artikel über die neue Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des Schulhauses Sternmatt 2 erschienen. Die Anlage produziert rund 60% des Stroms, der das Schulhaus verbraucht, selber. Unser Bauvorstand Jost Arnold ist zu Recht stolz gewesen und wird so zitiert: "Die Energiestadt Baar kann mit dieser Anlage einen wesentlichen Beitrag zu einer klimafreundlichen Energieproduktion leisten". Das ist wirklich ein zukunftsorientiertes Projekt, das die Gemeindeversammlung an der Junigemeinde beschlossen hat. Es wird auch erwähnt, dass die weiteren neuen Schulbauten ebenfalls mit Solar-Anlagen ausgerüstet werden.

Nur leider ist das beim geplanten Ergänzungspavillon im Sennweid nicht der Fall. Wir haben angekündigt, dass wir einen Antrag auf eine Solaranlage stellen werden. Es kam dann umgehend die Mitteilung, dass der Pavillon dafür nicht geeignet ist. Wie bitte? Ein einfacher Flachdachbau, der für eine Solaranlage ungeeignet ist? Gut, es ist ein Pavillon und nicht ein massives Schulhaus. Man kann die Panels auch nicht einfach auf das Dach legen. Dazu braucht es zusätzliche Einrichtungen. Es braucht ein massives Dach, es benötigt einen Zugang, eine Absturzsicherung und natürlich die technischen und elektronischen Einrichtungen dafür. Solche zusätzlichen Einrichtungen sind meiner Meinung nach durchaus machbar und können auch bei diesem Projekt eingebaut werden. Die technische Machbarkeit ist mit etwas gutem Willen bestimmt lösbar.

Zu den Kosten: Die PV-Anlage auf dem Sternmatt-Schulhaus hat weniger als CHF 300'000.– gekostet, mit dem Bundesbeitrag sogar nur CHF 250'000.– bei einer Fläche von 860 m<sup>2</sup>. Auf dem Pavillon kann man vielleicht einen Drittel von dieser Fläche nutzen. Und gut gerechnet vielleicht zur Hälfte der Kosten, sagen wir CHF 125'000.– plus etwas Reserve, also ca. 5 % der Gesamtkosten.

Zur Lebensdauer: Die Amortisation der Anlage Sternmatt wird mit 14 Jahre angegeben. Bleibt der Pavillon so lange stehen, haben wir die Investition mit den gesparten Stromkosten bereits wieder hereingeholt. Bleibt er länger stehen, machen wir damit sogar Gewinn. Und sollte der Pavillon – wider Erwarten - schon früher abgebaut werden, kann man die Panels problemlos auf einem anderen Gebäude weiter nutzen. Dies bis zu einer Lebensdauer von 30 Jahren.

Sie alle kennen die Ziele der Energiestrategie. Wir wollen von den fossilen Energien wegkommen und aus der Atomenergie aussteigen. Die Lösung für diese ambitionierten Ziele können nur erreicht werden, wenn wir in eine breit verteilte, also dezentrale Energieproduktion, investieren, d.h. schlussendlich wird fast jedes Haus zu einem kleinen Kraftwerk. In der Anfangsphase hat Baar als Energiestadt eine besondere Verantwortung, mit dem guten Beispiel voran zu gehen. Wir müssen also jede Gelegenheit nutzen und Solarenergie bei jedem Bauprojekt zu einem festen Bestandteil der Planung machen. Das macht ökologisch, aber auch ökonomisch Sinn.

Ich stelle darum im Namen der SP Baar und der Alternative - die Grünen Baar den Antrag, den Ergänzungspavillon Sennweid mit einer Photovoltaik-Anlage auszurüsten und dafür den Baukredit um CHF 150'000.– zu erhöhen. Es würde mich freuen, wenn Sie unserem Antrag zustimmen. Und natürlich freue ich mich schon auf den Zugerbieter-Artikel, in dem über die Solar-Anlage auf dem neuen Pavillon berichtet wird. Besten Dank.

### **Arno Matter**

Ich stehe hier in der Funktion als Präsident des Gewerbevereins Baar. Der Gewerbeverein Baar vertritt um die 300 in Baar ansässige KMU-Betriebe. Wir beschäftigen weit über 2'000 Mitarbeitende, ein grosser Anteil davon ist auch in unserer Gemeinde wohnhaft. Wir bilden Lernende aus, welche teils Baarer Wurzeln haben, aber wir bieten auch Migranten mit verschiedenen Hintergründen die Chance, ins Berufsleben einsteigen zu können und so Perspektiven aufzubauen. Integration nehmen wir ernst. Wir sind uns der tragenden Rolle in der Gesellschaft bewusst und handeln auch danach. So gibt es keinen Anlass und keinen Verein in Baar, welcher nicht in irgendeiner Form von den Baarer KMU-Betrieben unterstützt wird. Nicht selten engagieren wir Unternehmer uns persönlich.

Und nun noch ein paar Worte zur Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand, insbesondere mit der Gemeinde Baar. Der dauernde Kontakt zu den Gemeindebehörden schätzen wir. Unsere Anliegen werden meist ernst genommen und fliessen in die Entscheidung mit ein. Das ist nicht selbstverständlich. Auch dürfen wir KMU-Betriebe viele Aufträge der Gemeinde ausführen und dadurch unser Können regional unter Beweis stellen. Wir sind dementsprechend auch in der Pflicht, dass die Arbeiten in qualitativ guter Form gemacht werden. Für diese Wertschätzung unserer Arbeit möchte ich mich im Namen von uns Gewerbetreibenden bei der Gemeinde Baar und natürlich bei jedem Steuerzahler herzlich bedanken. Schlussendlich bezahlen nämlich Sie diese Aufträge. Geben Sie uns die Chance, auch bei den diversen anstehenden Grossprojekten zusammen zu arbeiten. Wir sind bereit.

Speziell gefreut hat mich heute die Zustimmung zum Baarer Franken. Ich schätze dieses Zeichen sehr und werte das so, dass die Verbundenheit zu uns Unternehmern von Baar auch durch die Bevölkerung und auch durch Sie hier drin gegeben ist.

Es geht hier jedoch nicht um den Gewerbeverein in Baar, sondern um den Ergänzungspavillon Primarschule Sennweid. Vorab: Ich habe nicht vor, gegen dieses Projekt zu sprechen. Ich bin in der Schulkommission dabei und weiss, wie die Situation dort ist. Es geht mir auch nicht darum, irgendetwas in Frage zu stellen, sondern es geht mir einzig darum, aufzuzeigen, dass vielleicht andere Wege zu dem gleichen Ziel führen können. Und vielleicht auch noch Vorteile daraus entstehen. Wenn ich die Unterlagen richtig verstanden habe, so ist vorgesehen, dass der Kredit für diese Baute ohne öffentliche Ausschreibung und begrenzt auf die Erstellung im Modulbauverfahren, analog dem Schulraum Provisorium Wiesental, heute genehmigt werden soll. Dazu habe ich als Vertreter der Baarer KMU meine Einwände und diese möchte ich gerne erläutern.

Vor wenigen Jahren wurde das Schulraumprovisorium Wiesental erstellt und in Betrieb genommen. Die Vergabe erfolgte nach einer öffentlichen Ausschreibung, eingegrenzt auf Modulbauweise, an die Firma Blumer - Lehmann in Gossau SG. Eine übrigens sehr innovative und leistungsorientierte Firma. Für das Baarer Gewerbe war damals schon störend, dass nicht nur der Hauptauftrag, die Erstellung der Module, sondern vorgegeben durch diese Bauweise, auch sämtliche Nebenhandwerker, welche im Gebäude arbeiteten, meist aus der Ostschweiz kamen. Bei der Modulbauweise ist der Fertigungsgrad in der Produktionshalle sehr hoch und so müssen die mitwirkenden Unternehmungen in der Umgebung der Fertigung sein und nicht in der Nähe des Schulstandortes. Das Baarer Gewerbe hatte klar das Nachsehen.

Das gelieferte Werk hat eine gute Qualität, jedoch gibt es auch noch Verbesserungspotential wie Wandoberflächen, WC-Räume und Aussentreppe. Wer ein gewisses Gewicht auf den Rippen hat, weiss, dass man beim Besteigen der Treppe in eine gewisse Panikattacke verfallen kann. Bei mir ist es nicht mehr so schlimm, wie auch schon.

Und nun ein Déjà-vu. Es geht wieder um ein Schulraumprovisorium, dieses Mal beim Schulhaus Sennweid. Nun wird das Projekt wieder gleich aufgegleist, dass kein regionaler Anbieter mitmachen kann, da niemand einen solchen Modulbau in der Inner- schweiz ausführt. Logischerweise gehen auch alle Nebenhandwerkerarbeiten wieder in diese Gegend, wo auch immer diese Firma ist. In der vorliegenden Vorlage notabene ohne öffentliche Submission. Ein Direktauftrag von rund CHF 2.25 Mio. Liebe Baarer Gemeinderäte, das Baarer Gewerbe hätte auch gerne einen solchen Auftrag.

Die Argumente für dieses Vorgehen können Sie den Unterlagen entnehmen und auch Jost wird - so nehme ich an - zusätzliche Argumente beitragen. Ich möchte Ihnen einige Gegenargumente bzw. Lösungsansätze aufzeigen. So besteht mindestens die Chance, dass das einheimische Gewerbe mitrechnen kann. Schlussendlich geht es um ein kleines Detail. Das muss ich jedoch kurz erklären. Man möchte ausschliesslich einen Modulbau bestellen. Einen Modulbau bieten eine Handvoll Firmen in der ganzen Schweiz an. Sobald eine Elementbauweise, also Zimmermannarbeit, ausgeschrieben werden würde, sind die Spiesse gleich lang und das einheimische Gewerbe kann mindestens mitrechnen.

Ich möchte meine Argumente für die Möglichkeit von einem solchen Elementbau aufzeigen. Ein Elementbau ist qualitativ mindestens gleichwertig. Vergleiche zeigen, dass ein Elementbau kostengünstiger ist. Wir haben Vergleichsbauten angeschaut und da spricht man von CHF 1'800.-/m<sup>2</sup> Nutzfläche. Wenn man die Vorlage anschaut und die Zahlen stimmen, sind wir dort bei CHF 2'500.-/m<sup>2</sup>. Man kann also durchaus erwarten, dass Einsparungen gemacht werden können. Bei einer Totalunternehmer-Ausschreibung, wie es zum Beispiel in Cham kürzlich gemacht wurde, bei dem ein Holzbauer das gesamte Werk bringt, braucht es auch keine zusätzlichen Planer. Es werden somit keine zusätzlichen Planungskosten generiert. Auch die Ausschreibung für eine Submission ist schon vorhanden. Das Wiesental wurde ausgeschrieben. Diese Ausschreibung muss man einfach mit der Möglichkeit eines Elementbaus ergänzen und bei der Punktierung darf es nicht bestraft werden. Falls die Ausschreibung vom Wiesental nicht mehr vorhanden ist, ich hätte sie noch.

Auch der Terminplan ist ein Thema. Man könne nicht so schnell bauen. Das stimmt auch nicht. Es wurde auch in Cham ein Objekt innerhalb eines halben Jahres von der Vergabe bis zur schlüsselfertigen Übergabe in Elementbauweise gebaut. Klar braucht ein Submissionsverfahren seine Zeit, das ist mir bewusst. Da laut Vorlage kein zusätzlicher Schulraum geschaffen wird, sehe ich keine Dringlichkeit, dass es im Frühling im nächsten Jahr bezugsbereit sein muss.

Das Argument der möglichen Weiterverwendung sehen wir als nur bedingt stichhaltig. Welches Provisorium haben wir je weiterverkauft? Und das innerhalb von wenigen Jahren, als es noch einen Wert hatte? Mir kam keines in den Sinn. Und dass man ein Provisorium innerhalb einer Gemeinde abbricht und wieder aufstellt, finde ich eher unwahrscheinlich. Diese Kosten wären hoch und vor allem wären diese Kosten heute nicht festgelegt. Man ist abhängig von einem Unternehmen. Und wer schon einmal von jemandem abhängig war, weiss, dass vielleicht nicht der gleiche Preis rauskommt, wie wenn man es frei vergeben könnte. Somit ist der Wiederverkaufswert eher als untergeordnet anzuschauen.

Durch die Möglichkeit einer Ausführung durch Element- oder Modulbau passiert eine Gleichstellung von allen Anbietern auf dem Markt und vor allem gibt es eine Möglichkeit für das einheimische und regionale Gewerbe. Klar können bei dieser Submission auch ausserkantonale Firmen als siegreich hervorgehen. Das ist unser unternehmerisches Risiko, das wir täglich haben. Dem stellen wir uns. Der Markt soll offen sein.

Und zum Votum vorhin: Das Baarer Gewerbe würde bestimmt auch eine Photovoltaikanlage zu Stande bringen.

Zusammenfassend kann ich als Präsident vom Gewerbeverein Baar nur schlecht nachvollziehen, warum sich der Gemeinderat wieder für diesen Weg entschieden hat. Die-

ses Auftragsvolumen wird den Gewerbebetreibenden von Baar nicht zugänglich gemacht. Wir Gewerbebetreibenden sind auf solche Aufträge angewiesen. Nur so können wir unsere Unternehmen nachhaltig führen, Arbeitsplätze sichern, junge Berufsleute ausbilden und somit auch unsere Leistungen, die wir gerne erbringen, für die Öffentlichkeit erbringen. Setzen Sie mit mir zusammen ein Zeichen für eine regionale Verbundenheit und lehnen Sie diesen Baukredit ab. Schicken wir das zurück und sagen, dass wir das gerne in einer sauberen Ausschreibung möchten, mit gleich langen Spiessen und der Möglichkeit, dass wir das einheimische Gewerbe auch einsetzen können.

Oder hat jemand seit dem Bau im Wiesental ein Sponsoring von der Ostschweiz erhalten? Nein? Das habe ich mir gedacht.

Aufgrund all dieser Überlegungen lohnt es sich, zu überlegen, ob wir Ja dazu sagen und es ist erledigt. Oder wir schicken es nochmal zurück und schauen, ob wir es mit einheimischem Gewerbe realisieren können.

### **Martin Zimmermann**

Diese Ausführungen haben mich etwas durcheinandergebracht. Es sind sehr interessante Ausführungen, bei denen ich finde, dass man diese anschauen sollte. Ob jetzt so kurzfristig eine Ablehnung das richtige Mittel ist, ist aus meiner persönlichen Sicht etwas schwierig zu beurteilen. Ich kann die Argumente des Gewerbevereins jedoch sehr gut nachvollziehen.

Ich bin aber aus einem anderen Grund hier vorne. Einmal angenommen, es geht nicht in diese Richtung und wir behandeln den Baukredit, wie er ist. Wir haben von Seiten glp drei Punkte anzubringen.

Zum einen begrüßen wir den Antrag natürlich. Generell diese Pavillon-Bauten oder auch in einer anderen Bauweise, welches vom lokalen Gewerbe ausgeführt wird.

Wir würden persönlich den Vorschlag der SP und ALG sehr begrüßen. Dies geht genau in die Stossrichtung der heute von uns eingereichten Motion. Bitte bedenken Sie, dass eine solche Investition eine Investition ist und nicht einfach Ausgaben. Denn diese Photovoltaikanlagen werfen Rendite oder auf jeden Fall einen entsprechenden Betrag über die nächsten Jahre ab, wenn beispielsweise die Steuererträge von gewissen Unternehmen nicht mehr so fließen, wie im Moment. Nachhaltigkeit ist hier auch ein Thema.

Ich möchte einen weiteren Punkt nochmals erwähnen. Wir haben das Luxusproblem, dass wir uns beschweren, wie viel Geld wir haben. Jedoch haben wir auch einen Investitionsstau. Wir stimmen über Dinge ab, die in den letzten 10 Jahren nicht behandelt wurden, die wir verpasst haben. Diese Dinge muss man angehen. Gerade die Schulraumplanung ist ein wichtiges Thema. Ich habe nichts gegen Pavillons, diese können sehr sinnvoll sein. Sie sind auch sinnvoll, wenn man nicht genau weiss, wie sich die Kinder in dieser Region entwickeln. Doch ich finde es wichtig, dass wir vorausschauend investieren und nicht immer auf den letzten Drücker Turnhallen oder Pavillons bauen und dann darüber diskutieren, ob wir wieder 2 % mit den Steuern runter können. Unsere Kinder und unsere Sportvereine leiden darunter.

### **Marcel de Sepibus**

Ich spreche aus Erfahrung. Meine Frau und ich sind Besitzer von zwei Gebäuden in Baar. Eines ist das hellgrüne dort vorne. Wir haben im Jahr 2018 auf jedes Gebäude eine PV-Anlage installiert. Es ist rentabel. Wir haben einen hohen Eigenstromgebrauch. Wir verbrauchen also deutlich weniger Strom, den wir zukaufen müssen. Diese Anlagen sind innerhalb von 10 Jahren amortisierbar. In der Tierarztpraxis brauchen wir möglichst viel Eigenstrom. Zuhause benötigen wir den Eigenstrom für die Waschmaschine und den Geschirrspüler, falls wir genug Strom haben. Wir haben ein Elektroauto, welches wir von Frühling bis Herbst mit Eigenstrom laden. Wir haben keine Benzinkosten mehr für das Auto.

Ich empfehle dringendst - und ich denke es ist eine Notwendigkeit - das neu zu erstellende Gebäude mit PV-Anlagen erstellt werden. Wir haben Baarer Gewerbe, das fähig ist, das zu erstellen. Ich erinnere mich an die Brauerei, die eine riesige PV-Anlage auf der Brauerei installiert haben. Wir können die Herren Uster, die heute auch anwesend sind, fragen, warum sie das gemacht haben. Bestimmt nicht nur aus Spass. Das sind genau solche industrielle Unternehmer, die genau wissen, wie man Geld machen resp. wo man Unkosten oder Kosten einsparen kann. Ich finde es heute zwingend, dass PV-Anlagen auf solchen Gebäuden installiert werden.

Zweifellos kann ich auch Arno Matter zusprechen. Wir haben bei den Dachrenovierungen nach Möglichkeit immer Baarer Gewerbe unterstützt. Es gehört sich, dass in dieser Gemeinde unser einheimisches Baarer Gewerbe unterstützt wird. Die Firma Uster kann bestätigen, dass es auch in Baar Firmen gibt, die grosse PV-Anlagen herstellen können.

### **Adrian Rogger**

Als Mitglied der SVP in der Schulkommission Baar ist mir der heutige Pavillon mit seinen Räumlichkeiten bekannt. Mehrfach, ob in der Projektwoche oder an Besuchstagen, durfte ich in den Schulbetrieb der Primarschule Sennweid hineinschauen. Das letzte Mal vor einem Monat. Da habe ich die Primarschulklassen von der ersten bis zur sechsten Klasse besucht und dies innerhalb eines halben Tages. Ein solcher Visitationstag ist immer wieder interessant und gibt einen guten Einblick in den Schulbetrieb. Der Austausch mit den Lehrpersonen ist enorm wichtig und hilft bei der Arbeit in der Schulkommission. Nebst anderen spannenden Themen haben wir natürlich auch über die Räumlichkeiten gesprochen. Die Platzprobleme sind offensichtlich. Ein angemessener Eingangsbereich oder eine Aula, wie es bei anderen Schulhäusern Standard ist, fehlt. Der Garderobenbereich muss zusätzlich noch für Gruppenarbeiten genutzt werden, da zusätzliche Räumlichkeiten schlicht nicht vorhanden sind. Die Schulzimmer sind zu knapp und sogar der Werkraum muss, wenn er nicht gerade für das Werken genutzt wird, als Klassenzimmer erhalten. Im Sommer ist es zu heiss und im Winter zu kalt. Trotzdem hat der Pavillon seinen eigenen Charme, wie mir Lehrpersonen mitgeteilt haben. Trotz dieser Umstände sei es heimelig und familiär. Sie waren sehr kreativ und eine multifunktionelle Nutzung kam zustande. Dies möchte ich auch bei zusätzlichen Planungen beliebt machen. Mich beeindruckt, wie sich die Lehrerschaft dort organisiert haben. An dieser Stelle deshalb ein grosses Kompliment an die Lehrerinnen und Lehrer.

Kein Kompliment haben aber der alte Gemeinderat und die Schulleitung verdient. Die Schulraumplanung vom 2016 behandelt auf über 100 Seiten die Schulraumplanung von

Baar mit den Schulkreisen Zentrum, Inwil und Allenwinden. Hinsichtlich der Primarschule Sennweid wird die Platzproblematik auf eine Fussnote beschränkt. So heisst es auf Seite 43: "Sennweid (PS), 1991 als Provisorium konzipiert: Die Klassenzimmer weisen mit 61 m<sup>2</sup> eine viel zu geringe Fläche auf." Bestimmt schon damals, aber ziemlich sicher bereits viel früher hatte man von der Platzknappheit Kenntnis und man hätte die Planung eines Primarschulhauses Sennweid in Angriff nehmen können. Dies hat man schlicht verschlafen und so kommt es einmal mehr zu einem Ergänzungspavillon.

Wir von der SVP Baar sehen den dringenden Handlungsbedarf und dass es eine Lösung im Sennweid braucht und empfehlen die Genehmigung des Baukredits. Wir möchten aber auch beliebt machen, dass man bei solchen Projekten nach dem ordentlichen Submissionsverfahren vorgeht und das einheimische Gewerbe unterstützt.

### **Jost Arnold**

Ich komme zuerst auf die Photovoltaikanlage zu sprechen. Es ist so, dass man heute Photovoltaikanlagen erstellen muss. Die Gemeinde steht dahinter. Doch wir möchten Euch den Vorschlag machen, dass wir über die ganze Schulanlage eine Photovoltaikanlage planen und bauen. Wir werden mit dem SEB-Gebäude kommen und auch dort eine Photovoltaikanlage machen. Wir denken, es macht Sinn, wenn wir eine Planung über die gesamte Schulanlage vorsehen, damit wir auch den grössten Nutzen davon haben. Ich empfehle Ihnen, dass Sie den Kredit so genehmigen, wie er ist. Uns jedoch die Gelegenheit geben, Ihnen einen Vorschlag für eine Photovoltaikanlage über die ganze Schulanlage zu unterbreiten.

Ich komme zum Votum von Arno Matter und mache einige Ergänzungen dazu. Wir beantragen CHF 3.1 Mio. Etwa CHF 2 Mio. gehen an den Pavillon und CHF 1 Mio. wird von der Arbeitsleistung unter den Baarer Unternehmen aufgeteilt. Das sind Fundamentierungen, Planung etc. Der Gemeinderat war im letzten Jahr im August im Provisorium Sennweid. Er hat die Dringlichkeit erkannt und die engen Platzverhältnisse gesehen. Er hat der Abteilung Planung / Bau den Auftrag gegeben, dem Umstand schnellstmöglich Rechnung zu tragen und einen Ergänzungspavillon im Sennweid zu planen. Die Abteilung Planung / Bau hat dies intern entgegengenommen. Wir haben es diskutiert und Elementbau dem Modulbau gegenübergestellt. Intern kamen wir klar zum Schluss, dass wir einen Modulbau möchten. Es gibt einige Punkte, die dafürsprechen. Wir haben eine kurze Planungszeit und eine schnelle Lieferzeit. Der Pavillon ist kombinier- und erweiterbar mit dem Pavillon Wiesental. Nach dem Submissionsreglement § 9 Abs. f können wir das als Direktauftrag vergeben. Wenn wir den Pavillon wieder verkaufen würden, hat der Pavillon als Modulbau den Vorteil, dass Module ausgetauscht, Räumlichkeiten vergrössert oder das Treppenhaus versetzt werden können. Wenn Sie einen Elementbau haben, ist das nicht möglich. Der Elementbau ist gegeben und es kann nichts mehr geändert werden. Das wäre beim Verkauf ein Nachteil. Eine Bemerkung zu Arno Matter: wir können keine Pavillons verkaufen, weil wir alle brauchen.

Der ganze Prozess wurde von der Baukommission und vom Gemeinderat wie auch von der RGPK einstimmig unterstützt. Das Vorgehen ebenfalls. Wir haben es finanziell nochmals angeschaut. Der Anbieter, der den Pavillon liefern würde, war beim ersten Wettbewerb im Wiesental schon CHF 60'000.– günstiger als die Konkurrenz. Wenn wir das mit diesem Anbieter durchführen können, so wie es das Submissionsreglement zulässt, würden wir rund CHF 250'000.– einsparen. Es gibt weitere Bauvorhaben

in der Gemeinde Baar wie die Erneuerung Schule Wiesental. Dort gibt es eine Holzkonstruktion mit vier Häusern, Haus Ost, Haus Süd, 3 SEB-Einheiten, einen 4-Züger und +1-Züger. Haus Nord, Bibliothek, ist ein reiner Holzbau, Haus West hat vier Kindergärten. Erweiterung Schule Sternmatt 1 gibt es eine Holzkonstruktion beim Kindergartenpavillon. Diese sind normale Bauverfahren, die ausgeschrieben werden und unsere Handwerker können alle mitmachen. Die Aula und der Mehrzwecksaal werden als Holzbau gemacht. Die Dreifachturnhalle wird alles ab Boden mit Holz gemacht. Die Situation beim Sennweid müssen wir schnellstmöglich verbessern. Die Lehrer und die Schüler verdienen es, dass sie in Kürze ordentliche Klassenräume erhalten und die Schule ist froh, wenn das bald gemacht wird.

Ich empfehle Ihnen, dass Sie den vorliegenden Kredit und unsere Vorgehensweise unterstützen. Auch, dass wir bei der Photovoltaikanlage ein ganzes Konzept vorlegen können. Die Schule und die Kinder wären Ihnen dankbar.

### **Michael Riboni**

Ich bin auch Mitglied der Baukommission. Ich stehe hinter dieser Vorlage. Ich kann jedoch die Argumente von Arno Matter absolut nachvollziehen. Ich denke, dass man es durchaus kombinieren kann, ohne dass wir den Kredit heute ablehnen oder zurückweisen. Der Hauptantrag heisst, dass ein Baukredit für einen Ergänzungspavillon für CHF 3.1 Mio., oder meinetwegen CHF 3.5 Mio. mit einer Photovoltaikanlage, genehmigt wird. Den Antrag kann man meines Erachtens einfach mit einem zweiten Satz ergänzen und hier darüber abstimmen, ob wir diesen möchten oder nicht. Der zweite Satz könnte heissen: Es sei eine öffentliche Ausschreibung analog des Ergänzungspavillon Wiesental durchzuführen. Dann muss man hier einen Grundsatzentscheid treffen, ob wir eine Ausschreibung durchführen oder nicht, bei dem das Baarer Gewerbe mitrechnen kann. Ich denke, man müsste so nichts ablehnen oder zurückweisen. Es ist einfach die Frage, ob man den Antrag, den Satz des Gemeinderates, noch mit einem zweiten Satz ergänzen möchte. Dies wäre der Grundsatzentscheid, den wir Stimmbürgerinnen und Stimmbürger heute fällen würden.

Dies wäre, denke ich, eine pragmatische Lösung, ohne diese Vorlage zurück zu schicken beziehungsweise abzulehnen. Man könnte es dann frühestens im Juni genehmigen und so verlieren wir ein halbes Jahr. Würden wir heute einen Grundsatzentscheid treffen, wissen wir es heute Abend und können morgen weiter planen.

### **Jost Arnold**

Danke Michael Riboni für diese Worte. Ich möchte eines sagen: Folgen Sie dem Antrag des Gemeinderates. Wenn wir jetzt noch eine Ausschreibung machen, müssen wir neu anfangen zu planen. Die Ausschreibung müsste neu gemacht werden. Die Anbieter müssen alle die gleichen Vorlagen und Grundlagen haben. Vorhin habe ich Ihnen aufgezeigt, was alles noch geplant ist. Wir können das im Freihändigen Verfahren vergeben, das wir unabhängig vom Auftragswert machen können. Dort heisst es: Leistungen zur Ersetzung, Ergänzung oder Erweiterung von bereits erbrachten Leistungen müssen der ursprünglichen Anbieterin oder dem ursprünglichen Anbieter vergeben werden, weil einzig dadurch die Austauschbarkeit mit vorhandenem Material oder erbrachten Dienstleistungen gewährleistet ist. Aufgrund dieser Grundlage haben wir uns für das Ihnen dargelegte Vorgehen entschieden.

### **Walter Lipp**

Aufgrund dieser Ausführungen bleiben wir gesetzestreu. Wir haben das Gewerbe gehört und sind, so glaube ich, nicht gewerbefeindlich. Es ist eine austarierte Vorlage, die dem entspricht, dass das Wiesental mit dem Sennweid ergänzt werden kann. Es ist die Absicht dahinter, dass sich diese Möglichkeit ergibt. Wir haben es diskutiert und von Anfang an standen auch andere Möglichkeiten im Raum. Zum Schluss kam der Gemeinderat zu dem Ergebnis, das wir Ihnen dies so unterbreiten.

Ich denke, Sie sind fit für die Abstimmung. Ich würde nicht mit eventuell, zusätzliche etc. weiterfahren.

### **Michael Riboni**

Ich möchte betonen, dass das ein Lösungsvorschlag und kein Antrag war. Der Antrag müsste selbstverständlich vom Gewerbeverein kommen. Dies war nur ein denkbarer Lösungsansatz.

### **Arno Matter**

Ich bin Gewerbler und kein Politiker. Mein Anliegen habt Ihr gehört. Wie der Weg dazu ist, überlasse ich Euch. Falls es einen Antrag von mir braucht, mache ich den. Wenn es keinen Antrag braucht, da es rechtlich nicht verhebt - wie mir schon einmal gesagt wurde - mache ich keinen Antrag. Ich bin kein Verhinderer. Ich denke die Anliegen sind klar angekommen.

### **Walter Lipp**

Es ist immer gut, wenn ein weiterer Anwalt seine Meinung kundtut. Bitte komme nach vorne, Martin Pulver. Ich bin lieber auf der sicheren Seite. Wir haben das so abgesprochen, das funktioniert und verhebt vom Paragraph her. Alles andere, mit Zusatz oder ähnlichem, gibt allenfalls wieder extremen Aufwand und am Schluss nur Verlierer.

### **Martin Pulver**

Ich glaube nicht, dass das verhebt. Es steht unter § 9: "Freihändiges Verfahren. Ein Auftrag kann unabhängig vom Auftragswert unter folgenden Voraussetzungen im Freihändigen Verfahren vergeben werden. lit. f: Leistungen zur Ersetzung, Ergänzung oder Erweiterung bereits erbrachter Leistungen." Doch hier wurde ja noch nichts erbracht.

### **Walter Lipp**

Doch, das Wiesental.

### **Martin Pulver**

Wiesental hat doch mit Sennweid nichts zu tun. Es ist ein separates Projekt im Sennweid. Nur weil man im Wiesental einen Pavillon aufgestellt hat, hat das doch mit Sennweid nichts zu tun. Es ist doch ein anderer Pavillon. Wenn man im Wiesental etwas ändern würde, dann stimmt lit. f. Wenn man jedoch im Sennweid etwas macht, einen Neubau, hat es damit nichts zu tun. Ich glaube nicht, dass das verhebt.

### **Jost Arnold**

Ich muss etwas klarstellen. Unsere Überlegungen gehen natürlich weiter. Wir haben verschiedene Bauvorhaben in der Gemeinde. Wir müssen das Sennweid nochmals erweitern. Es kann sein, dass wir dort mehr Schulräume benötigen und dann müssten wir mehr Klassenzimmer haben. Wir haben ein Problem in Inwil. Dort brauchen wir in absehbarer Zeit auch eine Erweiterung bei der Schulanlage.

Die Module sind miteinander kombinierbar. Wir haben dann Module, die wir einfach zusammensetzen können, wie wir sie brauchen. Deshalb sagen wir, dass es für uns auch eine Erweiterung beim Wiesental ist. Wir können das nachher für unsere Schulanlagen weiter brauchen. Das haben wir so abklären lassen und es ist so in Ordnung.

### **Walter Lipp**

Wir sind auf der sicheren Seite. Wir ersuchen Sie, diesem von uns abgeklärten Vorhaben zuzustimmen. Selbstverständlich ist freie Demokratie. Ich vertraue meinen Leuten, die sagen, dass es so gemacht werden muss. Ansonsten beginnen wir wieder von vorne.

Wir stimmen zuerst über den Antrag des Gemeinderates ab.

Sie haben dem Baukredit zugestimmt. Wir haben einen zweiten Antrag betreffend Photovoltaikanlage. Der Gemeinderat macht Ihnen einen Vorschlag, dass wir Ihnen mit dem Kredit für das SEB-Gebäude ebenfalls eine Photovoltaikanlage für das Haupt- und das SEB-Gebäude vorschlagen. Ich ersuche Sie, dem Antrag, dass eine Photovoltaikanlage auf einem Provisorium erstellt wird, nicht zuzustimmen. Selbstverständlich dürfen Sie aber. Sie haben die Zusicherung des Gemeinderates, dass eine grössere Anlage über zwei Gebäude gebaut wird. Wir stimmen nun über den Antrag ab.

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt. Sie möchten lieber auf dem Hauptgebäude und dem SEB-Gebäude eine Photovoltaikanlage. Wir werden Ihnen das unterbreiten.

### **Antrag**

Für die Errichtung eines Ergänzungspavillons bei der Primarschule Sennweid sei ein Baukredit von CHF 3'100'000.– zu bewilligen.

### **Beschluss**

Dem Baukredit von CHF 3'100'000.– für die Errichtung eines Ergänzungspavillons bei der Primarschule Sennweid wird mit 141 Stimmen gegen 75 Stimmen zugestimmt.

Einem Zusatzantrag der Alternative - die Grünen für die Erstellung einer Photovoltaikanlage auf dem Provisorium wird grossmehrheitlich nicht zugestimmt.

## **Walter Lipp**

Sie müssen noch rund 10 - 15 Minuten Geduld haben. Wir verabschieden ein Mitglied der RGPK.

Christophe Raimondi konnte es nicht sein lassen, die schönste Gemeinde der Welt zu verlassen. Er hat sich entschieden, in einer Nachbargemeinde Wohnsitz zu nehmen. Dies hatte zur Folge, dass er aus der RGPK austreten muss und er hat seinen Rücktritt bekannt gegeben. Die Nachfolge konnte inzwischen in der Person von Mark Gustafson gefunden werden.

Lieber Christophe ich bedanke mich ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit, freue mich auf weitere Kontakte und wünsche Dir nur das Beste. Es waren ganz schöne Jahre mit Dir. Merci.

Und nun darf ich das Wort an Thomas Gwerder geben für die Laudatio.

## **Thomas Gwerder**

Wir verabschieden uns mit der heutigen Gemeindeversammlung von Christophe Raimondi, welcher per Ende Jahr die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission verlässt. Christophe Raimondi ist in diesem Sommer nach Zug gezügelt, da er dort für sich und seine Familie mehr Wohnraum gefunden hat. Christophe war drei Jahre in der RGPK und wir danken ihm herzlichst für seinen grossen Einsatz im Dienste unserer Kommission. Er hatte sich von Anfang sich sehr schnell in die Arbeiten der RGPK eingeführt und war mit grossen Elan und Interesse dabei. Wir alle konnten immer wieder von seiner Erfahrung und seinem Fachwissen als Rechtsanwalt profitieren. Es war immer eine sehr interessante und spannende Zusammenarbeit mit ihm. Nebst unseren normalen Revisionstätigkeiten und das Prüfen von Vorlagen hat sich Christophe sich einen Namen als Prüfer von Bauabrechnungen gemacht. Und natürlich waren wir immer sehr froh, auf seinen juristischen Rat zurückgreifen zu dürfen. Wir alle von der RGPK finden es sehr schade, dass Christophe unsere Kommission verlässt und danken ihm für die tolle Zusammenarbeit.

Als Nachfolger von Christophe wurde Mark Gustafson von der FDP im Oktober gewählt. Wir heissen Mark in unserer Kommission herzlich willkommen und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit.

Als Geschenk gibt es für Christophe einen Restaurant Gutschein, wo er mit seiner Frau bei einem feinen Nachtessen einen schönen Abend verbringen kann. Und als Liebhaber von guten Weinen überreichen wir zwei Flaschen Weine. Wir wünschen Christophe alles Gute für die Zukunft und hoffen, dass er wieder vermehrt seine Zeit mit seiner Familie geniessen kann.

## **Walter Lipp**

Nun sind wir am Ende einer lebendigen Versammlung angelangt. Es ist mir ein Bedürfnis, danke zu sagen. Danke meinen Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit. Ich möchte auch Andrea Bertolosi für ihre Unterstützung und das gute Ankommen bei uns in Baar danken.

Ihnen und Ihren Familien darf ich schöne Festtage wünschen, alles Gute, Gesundheit und Zufriedenheit, gute Diskussionen auch im nächsten Jahr und viele gute Kontakte.

Der Gemeinderat ist weiterhin motiviert, das Beste für unsere schöne Gemeinde zu geben.

Am Neujahrskonzert am 1. Januar um 17.00 Uhr treten hier im Gemeindessal Les Pappillons, Michael Giertz und Giovanni Reber, auf und sie freuen sich, mit Ihnen in ein beschwingtes neues Jahr einzusteigen.

Es ist mir nun eine Freude, Sie zum Aperò einzuladen. Wir machen das mit unserer Hausbrauerei und einem Gläschen Wein. Stossen Sie mit uns an, auf unsere Weltmeisterinnen, auf ein gelungenes 2019 und auf ein gelingendes 2020. In diesem Sinne schliesse ich unsere heutige Gemeindeversammlung.

Für das Protokoll



Andrea Bertolosi  
Gemeindeschreiberin

Baar, 4. Juni 2020 sn